

# Cübecker Volksbote

## Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Cübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer in Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, kostspielig durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementensatz beträgt bei der Lieferung durch die Ausdrucker monatlich 10.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:

Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgepflanzte Seite oder deren Raum 250 Pf., Verlammungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Pf., Reklamen 1000 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 15.

Mittwoch, den 18. Januar 1922.

29. Jahrgang.

## Wirth und die deutsche Politik.

Berlin, 17. Januar.

In der heutigen Sitzung des Zentrumsparlaments ergriff der Reichskanzler das Wort. Er stellte fest, daß die Verhandlungen des Parlaments ergeben hätten, daß die Gesamtrichtung der Politik der Reichsregierung von der Zentrumspartei im großen und ganzen genehmigt würde. In seinem Augenblick dürfe die Zentrumspartei aus parteipolitischen Erwägungen heraus sich vor der Verantwortung drücken. Es sei kein leichtes gewesen, gegenüber der ungetreuen Entscheidung in Genf über Oberhäusler die Politik des Reiches weiterzuführen. Gegenüber den Vorwürfen wegen der Unterzeichnung des Ultimatums erinnerte der Reichskanzler, daß er schon bei der Annahme des Ultimatums sagte, daß die weltwirtschaftlichen Folgen den Gegnern zur Last fallen. Das damals gesprochene Ja sei heute noch als richtig anzusehen. Damals sah die gesamte Welt die Lage nur politisch und nicht wirtschaftlich. Heute sei es dessen gewiß, daß man auf der Gegenseite über die Zahl der Milliarden, die das deutsche Volk zahlen solle, und über die wirtschaftliche Bedeutung dieser Milliarden sich überhaupt nicht unterrichtet habe. Heute habe man in allen Ländern gelernt, was die Milliarden in Gold eigentlich bedeuten. Wäre das deutsche Volk in der Lage, alles buchstäblich zu erfüllen, hätte es Nahrungsmittel und Rohstoffe, um durch Erzeugung und den Verkauf die Versäumer und Condenser-Bedingungen buchstäblich auszuführen, und es wäre so kostspielig, es zu tun, so würde, abgesehen von den deutschen Schornsteinen, kein Schornstein in der ganzen Welt rauchen können. Sei nun, so sagte der Reichskanzler, die große Katastrophe damit wieder guigemacht, daß nun ein einziger Volk isoliert herausgehoben werde und daß man das deutsche Volk ausspreche wie eine Zitrone, um es dann als ausgewaschen aus der Geschichte beileide zu legen? Die Kaufkraft des deutschen Volkes hinzugezogen zu der Unfähigkeit der östlichen Völker werden einen Weltbankrott unter allen Umständen herbeiführen. Der Gedanke der Wirtschaft und der Solidarität aller wirtschaftreibenden Völker der ganzen Welt müsse als ein großes Prinzip der internationalen Politik von Mund zu Mund und von Ohr zu Ohr und von Volk zu Volk weitergetragen werden. Delegierte aller Völker müssen sich über die Wirtschafts- und Finanzprobleme und damit auch über die Probleme der Leistungen unterhalten. Dieses Ziel, daß man die Welt wirtschaftlich sehe, und die Verbreitung der Erkenntnis, daß die Wirtschaft der ganzen Welt eine Verständigung der Menschen voraussetzt, dieses Ziel habe Deutschland auf seinem Leidenswege von London am 10. Mai bis Cannes erreicht. Hinsichtlich der Wirtschaftskonferenz von Genf erklärte der Reichskanzler, man sehe, daß der Gedanke sich Bahn gebrochen habe, daß nur die Solidarität der Völker, mindestens in wirtschaftlichen Fragen, die große Katastrophe der Weltwirtschaft überhaupt verhindern könne. Die nächsten Tage stellen uns vor außerordentlichen Aufgaben. Die Lösung in Cannes sei keine definitive große Einigung. Es stehe noch die allgemeine Frage, wie die Völker überhaupt unter den Reparationslasten nebeneinander leben wollen, aus. Diese Frage sei noch vollkommen offen und könne überhaupt erst gelöst werden, wenn der wirtschaftliche Schwerpunkt der Welt, Amerika, sowohl wirtschaftlich wie finanziell geneigt sei, sich für Europa zu interessieren. Wer wissen wollte, wie weit die Erkenntnis von der Gesamtsolidarität der Welt fortgeschritten sei, werde es merken können aus unserer Note an Frankreich, als der Gouverneur der Bank von England Havenstein eröffneten ließ, daß unter den Deutschland aufgestellten Zahlungsbedingungen Kredite in England für Deutschland zu Reparationszwecken nicht zu erhalten seien. War das der Moment, in dem das deutsche Volk, ohne daß man ihm auch nur mit einem Tropfen den Vorwurf der Unaufrechtschafft machen durfte, seinen Gegnern sagen konnte: Bitte legen Sie sich zusammen und prüfen Sie angesichts dieses für die ganze Welt bedeutungsvollen Spruches die Leistungsfähigkeit Deutschlands? Diese Prüfung sei nicht abgeschlossen, aber es sei nicht zu erwarten, daß, nachdem die großen politischen Fragen viele Jahre lang diskutiert worden sind, dieses Problem in ein paar Tagen endgültig vom Tische der europäischen Völker schwinden würde. Was wir brauchen, ist ein aufrichtiges Vertrittnis, daß es uns innerpolitisch ernst ist, die Finanzen des Reiches in Ordnung zu bringen.

In Gegensätzen über die Frage der Steuern und ihrer Verteilung fehlt es im Zentrum nicht, aber die parteipolitische Erfahrung zeigt sich darin, daß wir ein Kompromiß zu stande bringen werden, das beiderseits, bei den Besitzenden und Nichtbesitzenden, als anständiges Kompromiß angesehen werden kann. Sei es nicht möglich, dieses Kompromiß zu finden und mit der Rechtssozialdemokratie zu einem Kompromiß zu kommen, so sei unsere Politik innerpolitisch entschlossen.

Wenn die Regierung nicht imstande sein sollte, die Probleme in Verbindung mit den Parteien, die guten Willens sind, zu lösen, so sei sie

in offener Feldschlacht im Reichstagsplenum zu führen.

Wenn sich Leute finden, die bereit seien zur Übernahme und Verantwortung, und die Besseres leisteten und sich mehr anstrengten als das Zentrum, dann sei für das Zentrum die Zeit gekommen, parteipolitisch und persönlich einmal etwas auszuruhen; aber nicht, um in prinzipielle Opposition zu treten. In einem Volksstaat in prinzipielle Opposition zu treten, sei ein Widerspruch in sich. Wenn man ein Volk vor sich sehe, das mit knapper Not der sozialen und staatlichen Desorganisation entronnen ist, ein Volk, das immer nur an ein paar Monate Vrei zur Verfügung habe, dessen Valuta von heute auf morgen geschäftliche Entwicklungen umverste wie ein großes Kartenspiel, dann überlege man sich dreimal, ob jetzt die Zeit gekommen sei, ein solches Volk nach einem Schlagwort zu spalten, daß jetzt eine grohe Entscheidung zwischen rechts und links gekommen sei.

Keine Schlagwortpolitik, sondern eine Realpolitik!

Politik treiben heiße für das Zentrum, wie im Jahre 1921 auch Opfer bringen, steuerlich wie politisch. Es sei nicht gut, wo wir gerade in den Randgebieten sitzen, wenn in den Reihen der Zentrumspartei das Schlagwort: Hier Unitarismus, hier Föderalismus, ausgelöscht werden sollte. Es sei notwendig, daß im Zeitalter der Katastrophe die Kräfte mehr zusammengefäßt werden, und daß da die Länder auch Opfer bringen müßten, sei ganz klar. Man müsse über die engen Grenzenpässe der Heimat hinaussehen und neben Hessen, Sachsen, Baden, Bayern gebe es auch noch Thüringen. Daneben müsse man auch Verständnis haben für eine große Geschlossenheit des preußischen Staatswesens. Man könne nicht mit einem Kochlöffel in der ganzen Sache herumröhren und nur von einem Zipfel unserer heimatlichen Erde aus unsere Reichspolitik treiben wollen. Wir seien alle Brüder, eine Volksgemeinschaft auf heimatlicher Erde, und gerade an dem Zentrum solle man sehen, daß es seine Wurzeln hat in der nationalen Einheit unseres Vaterlandes,

die ihm über alles geht.

## England erwartet neue französische Vorschläge.

London, 18. Januar.

Die englische öffentliche Meinung erklärt sich zu Gunsten eines anglo-französischen Abkommens, das, wie allgemein anerkannt wird, die Grundlage für irgendwelche Maßnahmen bilden sollte, die man für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas anwenden könnte. Der nächste Schritt liegt bei der französischen Regierung, und die neuen Vorschläge, die Frankreich der englischen Regierung machen werde, seien der schwäbischen und gängigen Beurteilung seitens der britischen Regierung, des Parlaments und der Bevölkerung sicher. Man glaubt, daß die Aufführung des Parlaments nicht vor dem Zusammentritt der Konferenz von Genf erfolgen wird. Lloyd George wird in dieser Woche eine öffentliche Rede halten. Man erwartet von ihr wichtige Ankündigungen über die britische Politik.

## Poincarés Unterredung mit Lord Curzon.

Paris, 18. Januar.

Poincaré hat sich nach seiner gestrigen Unterredung mit Lord Curzon optimistisch geäußert. Der französische Ministerpräsident hat sich hauptsächlich darauf beschränkt, die Aussagen des englischen Außenministers anzuhören, da es ihm noch lange der Sorge noch nicht möglich war, selbst im Namen der neuen französischen Regierung bindende Vereinbarungen zu machen. Poincaré soll aber den Eindruck gewonnen haben, daß eine Verständigung zwischen Frankreich und England möglich sei, wenn die Einigung auch nicht so schnell erzielt werden sollte, wie es in Cannes der Fall zu sein schien.

## Die Übergabe der Regierungsgewalt in Irland.

London, 18. Januar.

Am Montag hat im Dubliner Schloss der Brixton-König von Irland den acht Ministern der ehemaligen Regierung des Freistaates die Regierungsgewalt übergeben. Als die Sinn Féiners-Minister unter Führung von Collins in das Schloss einztraten, stand eine stürmische Kundgebung statt.

## Die Politik des Zentrums.

Zum Vortag des Zentrums!

Dr. L. Lübeck, 18. Januar.

Es liegt in der Macht des Zentrums, die Reichspolitik nach links oder nach rechts zu drängen. Zwischen den sozialistischen Parteien und den Parteien der Reaktion bildet das Zentrum das Jüngste an der Wage. Wenn also die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Partei die bisherige Koalitionspolitik, die von der Sozialdemokratie wesentlich beeinflußt wird, wirksam bekämpfen wollen, so müssen sie zunächst versuchen, das Zentrum zu einer Rechtschwankung zu veranlassen.

An derartigen Versuchen hat es nicht geschafft. Und sie haben einige Anfang gesunden in den Kreisen der Zentrumspartei, die dem katholischen Hochadel nahestehen, und denen die Erzberger-Wirthsche Richtung in der Partei längst ein Dorn im Auge ist. Die „Kölner Volkszeitung“, das führende Blatt des rheinischen Zentrums, hatte vor kurzem darauf hingewiesen, daß das Zentrum wenig Wert darauf legt, unter allen Umständen Regierungspartei zu bleiben. Aber das waren ja immerhin nur vereinzelte Stimmen; die Gesamtpartei hielt mit ihrer Meinung vorläufig zurück.

Der Reichsparteitag des Zentrums wurde infolge dieser Sachlage von allen Seiten mit besonderer Spannung erwartet. Sollte er doch entscheiden, ob das Zentrum auch weiterhin mit dem radikalen Führer seines linken Flügels, Wirth, durch Dick und Dünn gehen, oder ob es in milder Rückwärtsbewegung leicht Anschluß nach rechts, nach der Volkspartei, suchen wollte. Es liegt in der Natur der gegenwärtigen Reichspolitik, daß diese Frage von ungeheurer Bedeutung ist. Hängt doch von ihrer Beantwortung nicht nur die Richtung der Entwicklung im Innern ab, sondern die noch wichtigere der Politik der Erfüllung.

Der Zentrumstag hat nicht gesagt, diese Frage glatt zu beantworten. Dr. Braun, der Reichsarbeitsminister, sprach offen und deutlich von der absoluten Notwendigkeit eines Eingrisses in die Subsistenz der Bernoulli, d. h. in die Schwerte. Und der frühere Reichskanzler Fehrenbach, gewiß kein Anhänger des Wirthschen Flügels, richtete äußerst scharfe Angriffe gegen die Politik der Deutschen Volkspartei. Er nannte das Treiben der Presse der Volkspartei und auch verschiedener volksparteilicher Führer ekelhaft; und er brandmarkte in der schärfsten Weise das ewige Herunterziehen der Regierung und das beinahe landesfeindliche Lauern auf außenpolitische Misserfolge der Politik Wirths. Fehrenbach zog aus all dem den Schluss, daß das Zentrum mit der Volkspartei solange keine Koalition eingehen könne, als diese nicht eine grundsätzliche Aenderung in ihrer Gesamtpolitik vornehme.

Das war ziemlich deutlich. Wie ein Schne in die Frühlingsnacht fielen die Fehrenbachschen Worte auf die so hoffnungslosen Seelen der Volkspartei. Führende volksparteiliche Blätter, wie „Tägliche Rundschau“ und „Zeit“ machten auch kein Hehl aus ihrer Enttäuschung über des Zentrums Weg, und sie richteten an Wirth die Frage, wie er sich zu der Koalition mit der Volkspartei stelle.

In der gestrigen Tagung nahm nun der Reichskanzler selbst das Wort, um seine Stellung festzulegen. Wir geben heute an der Spitze des Blattes einen Auszug aus seiner Rede. Er hat sich keineswegs für oder gegen die Volkspartei festgelegt, denn er spricht ja nicht so sehr als Zentrumsmann, denn als Kanzler der Deutschen Republik. Und als solcher sucht er Freunde für seine Politik, wo er sie findet. Aber — keinen Zweifel liegt er darüber, daß eine andere Richtung als die bisherige in der Frage kommt.

Sicher ist jedenfalls, daß die Volkspartei noch gewaltig in sich gehen muß, bevor sie dem Zentrum wirklich koalitionsfähig erscheinen wird. Und seit steht, daß die Entwicklung der letzten und zielbewußten Politik des Zentrumsdemokraten Wirth ausgezeichnete Erfolge gebracht hat; und daß die verantwortungslose und parteigünstige Haltung der Volkspartei, ihr ewiges Schieben nach rechts, sie nicht nur bündnisunfähig für die Sozialdemokratie, sondern auch für das Zentrum gemacht hat.

Unsere Ansicht, die wir vor und nach Görlitz immer wieder ausprachen, daß ein Zusammengehen mit der Volkspartei für die Sozialdemokratische Partei in absehbarer Zeit nicht in Frage kommen könne, hat sich völlig bestätigt; sie ist unbedingt wieder die Meinung fast unserer Partei geworden.

Wie kann man auch mit einer Partei partieren wollen, die zwar regieren, aber keine Verantwortung tragen möchte? (Von ihren großkapitalistischen Wirtschaftszielen ganz abgesehen.) Möge auch das Zentrum auf seiner jetzigen Meinung beharren; damit Stegerwaldsche Seitenstreiche für alle Zukunft unmöglich sind.

## Garantieplan und Steuern.

Bekanntlich ist der deutschen Regierung aufgegeben worden, binnen 14 Tagen einen Reform- und Garantieplan betreffend den deutschen Reichshaushalt, vorzulegen, und die Alliierten haben sich vorbehalten, diesen Plan entweder zu genehmigen oder Veränderungen zu verlangen. Die deutsche Regierung wird also den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragen, den geforderten Plan ausarbeiten und fristgerecht vorlegen müssen. Die Arbeiten hierzu sind bereits im Gange. Der Plan wird natürlich dreierlei Maßnahmen umfassen müssen: solche, die zum Zwecke der Sanierung des deutschen Reichshaushalts bereits getroffen sind, solche, deren Ausführung sich im Zuge befindet, und schließlich solche, die in die Wege zu leiten, einer nahen Zukunft vorbehalten bleibt. Zu den Maßnahmen der zweiten Art gehören die Steuern, über die der Reichstag in den nächsten Wochen entscheiden soll.

Damit ist auch schon gesagt, daß der Reichstag in seinen Entscheidungen nicht frei ist. Zwar hat es die Entente während des Krieges als ihr Ziel angegeben, den demokratischen Gedanken in aller Welt zu verwirklichen, aber mit diesem Gedanken läßt es sich schlecht vereinbaren, daß die Souveränität der deutschen Volksvertretung in der Weise, wie es tatsächlich geschah, eingeschränkt wird. Auch mit der Konstruktion einer Art von Weltausstellung müßte man diesen Zustand nicht rechtfertigen können, denn die ausländischen Männer in ihrer großen Masse haben mit ihren eigenen Angelegenheiten genug zu tun, und keine Gelegenheit, ihren Willen über unsere inneren Angelegenheiten zu äußern. Vielleicht ist es eine Diktatur von internationaler Fachmänner, die über unsere Demokratie gestellt ist, und dabei sind diese Fachmänner oft von recht sonderbarer Art. Dies alles ändert aber nichts daran, daß es sich um Tatsachen handelt, denen wir uns zunächst fügen müssen.

Zu den wichtigsten Bestimmungen hinsichtlich unserer Steuern gehört diejenige, daß unsere Steuern nicht leichter sein dürfen, als die Steuern gleicher oder ähnlicher Art, die in einem der alliierten Länder bestehen. Da es in allen diesen Ländern sehr stark ausgebaute Systeme von indirekten Steuern gibt, bleibt dem deutschen Reichstag garnicht anderes übrig, als die indirekten Steuern beizubehalten und sie minderstens, wo dies noch erforderlich ist, nach dem Maßstabe der gleichen im Ausland bestehenden Steuern zu erhöhen. Ehrlicherweise muß hinzugefügt werden, daß der Reichstag gezwungen wäre, auch dann auf die indirekten Steuern zurückzugreifen, wenn ein derartiger äußerer Zwang nicht bestünde. Dadurch aber, daß er besteht, erübrigen sich vollauf alle weiteren Diskussionen.

Die Frage bei der schwedenden deutschen Steuerreform ist also nicht ob die geforderten indirekten Steuern bewilligt werden, sondern war sie bewilligt. Die Rätsel dazu sind zweifellos diejenigen Parteien, die für die sogenannte Politik der Erfüllung, d. h. für die Unterzeichnung des Londoner Finanzabkommens und seine lokale Ausführung innerhalb der Grenzen des Möglichen eingetreten sind. Das sind das Zenitum und die beiden sozialdemokratischen Parteien, während die Demokraten unentschlossen hin und her schwankten.

Die Lage stellt sich nun folgendermaßen dar: Das Zentrum ist bereit, die Steuerreform wie sie vom Reichsfinanzminister Hermann vertrieben wird, zu akzeptieren, es scheint aber auch bereit in Bezug auf die Besteuerung des Besitzes um etwas — fragt sich nur um wieviel? — über die Regierungsvorlage hinauszuholen. Die Sozialdemokratie ist bereit, die indirekten Steuern zu bewilligen, unter der Bedingung, daß in Bezug auf die Besitzsteuern erheblich über die Regierungsvorlagen hinausgegangen wird. Von den Unabhängigen müßte man nach den bisherigen Erfahrungen annehmen, daß sie beachtigen, die indirekten Steuern abzuschaffen, ohne Rücksicht darauf, wie die Besitzsteuern aussehen und welche Folgen sich daraus für die Steuerreform als Konsequenz für die Entwicklung der auswärtigen Politik und für den Stand der gegenwärtigen Reichsregierung ergeben.

Die Sozialdemokratie wünscht das Zustandekommen der Steuerreform, sie glaubt aber die Verantwortung für ihre Verfehlung an diesem Werke nur dann übernehmen zu können, wenn der Reich in aussichtlicher Weise in den Reichsstaaten mit herangezogen wird. Das Gewicht, das sie bei der Entscheidung in die Magdeburg verleihen würde, wäre erheblich größer, wenn eine Gewalt direkt bestünde, daß die Unabhängigen bis zum Schluß in Reich und Land mit ihr mitschwören würden. Dieses in Reich- und Land-Glied-Märkten bestehende aber nur insofern, als es sich darum handelt, den Rechtsstaat heranzuziehen, es hört auf, oder es wird zum mindesten zweifelhaft, wo es sich darum handelt, die bisherigen Konsequenzen des Gesetzes zu ziehen und die indirekten Steuern zu bewilligen. Dadurch wird die Position der Sozialdemokratie bei den Verhandlungen um die Steuerreform geschwächt. So gern es auch im übrigen gesehen wird, daß unsere Partei bei ihrer Forderung nach einer erheblichen Besteuerung bei den Unabhängigen eine Stütze findet.

Was wird, wenn eine Verständigung nicht zustande kommt, wenn die Besteuerung der Sozialdemokratie unzureichend erscheint und sie deshalb den indirekten Steuern ihre Zustimmung verweigert? Dann bleibt nur noch die zwei Möglichkeiten eines Regierungswechsels oder einer Auflösung des Reichstags. Der Regierungsmittel würde aber nach den vorangegangenen Ereignissen einen entschiedenen Sieg nach rechts benötigen. Wir hätten dann in Deutschland eine ähnliche Entwicklung, wie in Frankreich und neue auswärtige Verwicklungen wären die höchstwahrscheinliche Folge.

Möden wir aber in einem neuen Wahlkampf um die Gestaltung unserer Steuern ringen, so müssen inzwischen doch die Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und der Entente über das Reformprogramm fortgesetzt werden, und ehe die Entscheidung durch die Wähler erfolgt wäre, hätten wir vielleicht Sonderungen auf dem Hals, welche die Entscheidung gänzlich illustriert wachten.

Nach sieht es in keine leichte Situation, in der wir uns befinden. Die sozialdemokratische Partei wird bei ihren Einheitsdingen diese Situation im Auge behalten müssen, und ihren Kritiken vor ratsch und ratsch sei geraten, das gleiche zu tun.

## Tatze Joneski rumänischer Ministerpräsident.

Budapest, 18. Januar.

Das Kabinett Tatze Joneski stellte sich gestern mit einer Programmrede des neuen Ministerpräsidenten dem rumänischen Parlament vor. Tatze Joneski redete mit einer Mehrheit von 70 Stimmen. Wahlreform und Finanzverein haben die beiden Programmpunkte, für die Joneski die Rechten sucht. Wenn die Kammer Joneski das Vertrauen verleiht, wird jedenfalls Rumänien mit der Bildung eines neuen Kabinetts unter Anleitung des Parlaments bereit werden.

## Der Moskauer Hungerstreik.

Ein Teilergebnis der russischen Protestaktion.

Das Eintritts des russischen sozialdemokratischen Proletariats in die mit dem Abtransport nach Turkestan bedrohten russischen Siedlungen hat ein teilweises Nachgeben der Russischen Sowjetregierung zur Folge gehabt, obwohl die Rote Armee mit der vermeidlichsten Mitteln gegen die Gefangenen gegeht und jede Fortsetzung der Fastenstrafen mit der unbedingten Bestrafung geahnt, daß sie die am 1. Februar 1921 unter der "Freiheit" des Moskauer Bezirksgerichts inhaftierten Sozialdemokraten in Freiheit gezeigt werden.

Über das Schicksal der übrigen politischen Gefangenen (Sozialrevolutionäre, Anarchisten usw.), die sich bekanntlich auch am Hungersstreik beteiligten, ist man vorläufig noch nicht unterrichtet. Der Befehl zum Abtransport der 35 Gefangenen nach Turkestan, der die Verlassung zum Hungerstreik gab, ist aufgehoben. Stattdessen sind die aus dem Gefängnis entlassenen Gefangen — nicht nur die 35, sondern auch die übrigen — angewiesen, sich in ihren sieben Lagen nach einigen ihnen angewiesenen entlegenen Provinzstädten zu a. auch Wlata) zu begeben, die sie zwei Jahre lang nicht verlassen dürfen. Ferner ist denen, die es wünschen, gestattet, sich ins Ausland zu begeben. In diesem Falle werden die betreffenden Personen bis zur Grenze Sowjetrußlands geschafft und dort ihrem Schicksal überlassen.

Die Sowjetregierung läßt es also bei der milderen Praxis des ehemaligen Zarismus bewenden, ihre politischen Gegner in entlegene Provinzorte zu verbannen. Diese Verbannung erfolgt nicht wegen irgendwelcher strafbaren Handlungen, sondern lediglich wegen abweichender politischer Gesinnung. Diese Bestrafung der Gesinnung, nicht der Tat, bleibt charakteristisch für das kommunistische Herrschaftssystem.

## Die Agrarfrage in Rußland.

Der Rat der Volkskommissare hat, wie WTB meldet, das Angebot der Staatsbank, dem Volkskommissariat für Landwirtschaft hundert Milliarden Papierrubel zur Weiterverteilung an die Bauern zur Sozialzeit vorzustellen, angenommen. Wie DE berichtet, hat sich im Besitze des Allrussischen Zentralkomitees eine aus 30 Mitgliedern bestehende Fraktion der parteilosen Bauern gebildet. Die neue Fraktion wird sich vorwiegend mit der in Aussicht stehenden Reform der Agrarrechte befassen, um eine Stabilisierung der landwirtschaftlichen Verhältnisse zu erreichen und die Arbeit der Regierung mit den Wünschen der Bauern in Einklang zu bringen. Es besteht der Plan, auch bei den isolaten Sowjets ähnliche Fraktionen der parteilosen Bauern zu schaffen. Ferner wird die Bildung von Bauernverbänden bei den bestehenden Agrarabteilungen und die Einführung von Agrar-Gerichtshöfen erwogen, welche über die Agrarstreitigkeiten entscheiden und den Bedürfnissen der Bauern möglichst schnell gehör verhelfen sollen. Damit bestätigt sich unsere Vermutung, daß die parteilosen zur wirtschaftlichen Aufbaubarkeit in Russland mehr als bisher herangezogen werden. Die Meldung hingegen, daß die Sowjetregierung beachtfertigt, parteilose auch in einflußreiche Regierungsstellen einzutreten, scheint auf falschen Informationen beruht zu haben.

## Der englische Sozialismus und sein Hauptorgan.

Der "Daily Herald", das einzige sozialistische Tagesblatt für die Arbeiter Großbritanniens, ist endlich in der Lage, vom 23. Januar an den Preis von 2 Pence auf 1 Penny herabzusehen. Eine seit Monaten eifrig betriebene Agitation zur Sammlung der tödlichen Geldmittel hat nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt. In höchster Not sind nun die Gewerkschaften und die Britische Arbeiterpartei (siehe vor der 2. Internationale) eingetroffen, um das von der Liebe zur 3. Internationale unterstützte Leben des "Daily Herald" zu sanieren. Wir geben gern zu, daß die farblose Arbeitslosigkeit, die davon Betroffenen hindert, täglich 2 Pence für ein Blatt auszugeben. Aber auch die in Arbeit Steckenden haben ihr bestmögliches Mitkraut gegen das allzu starke Werkzeug not den Moskauer Kapitänen. Die beiden Vertreter der Gewerkschaften und Arbeiterpartei, Walter und Henderson, werden jetzt mit dem Herausgeber Lansbury eine kleine Rücksprache über die künftige Haltung des Blattes haben. Zu wünschen wäre es im Interesse der internationalen Arbeiterbewegung, daß sich die Rücksprache auch auf die Korrespondenten des "Daily Herald" in Paris, Wien und besonders Berlin erstreckt. Um das Motto des "Daily Herald": „Für Brüderlichkeit, Freiheit und Frieden“, haben sich diese Herren wenig erfüllt, wenn es sich um die Moskau nicht verschiedene Arbeiterbewegung handelt. Trotz alledem wäre es zu bedauern, sollte der "Daily Herald" den Rest alles Fleisches gehen, den das erste Arbeiterblatt "Daily Citizen" im Jahre 1914 geben mußte.

## Die gesprengte Einheitsfront.

Von den an der Teuerungsbewegung beteiligten freien Gewerkschaften wurde folgender Brief angeschaut:

Durch die von dem Deutschen Beamtenbund und dem christlichen Deutschen Gewerkschaftsbund dem Reichstag übermittelten Eingaben ist die Einheitsfront der an den bisherigen Verhandlungen über die Neuregelung der Bezüge der Arbeiter, Angestellten und Beamten des Reichs und der Länder beteiligten Spitzenverbände auseinandergegangen. Die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Arbeiterbund angehörenden, für die Bewegung in Betracht kommenden Verbände müssen es ablehnen, sich diesem allen gewerkschaftlichen Gewaltungen widerstrebenden Vorgehen anzuschließen. Das nur von agitatorischen Gesichtspunkten getragene Verhalten des Deutschen Beamtenbundes und des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes gefährdet außer dem Fortgang der mit der Reichsregierung noch schwedenden Verhandlungen über die Festlegung der Überlebensverschärfungen und ihre Übertragung auf alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, sowie der anderen noch zu regelnden Fragen. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird die endgültige Stellungnahme der freien Gewerkschaften abhängen.

## Drohender Eisenbahnerstreik in Sachsen.

Dresden, 18. Januar.

In Sachsen herrscht zur Zeit eine starke Stimmung für einen Eisenbahnerstreik. Der Deutsche Eisenbahnerverband, Bezirksleitung Sachsen, teilt mit: Das allen Organisationen unteres Bezirks erhalten wir Nachrichten, daß die Mitglieder, Beamte wie Arbeiter, die von der Regierung bewilligten Zulagen als völlig ungerecht ablehnen. Sie fordern den Verbandsvorstand auf, der Regierung gegenüber das unzureichende Ergebnis der Verhandlungen abzuzeigen und, falls eine Einigung nicht möglich, die Arbeitsniederlegung anzurufen.

## Einer von vielen.

Aus Leipzig wird uns berichtet:

Wegen Bekleidung des Reichspräsidenten Ebert und des früheren Reichskanzlers Bauer ist vom Landgericht Stadt am 1. Juli a. T. der Schriftsteller der "Dörfelner Zeitung", Paul Baum in Leipzig, zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Strafmaß war vor den beiden Herren gestellt worden wegen zweiter Artikel, die im vorherigen Jahre in der "Dörfelner Zeitung" erschienen und vom Angeklagten verübt worden sind. Der erste Artikel erschien am 18. Januar 1921 unter der Überschrift "Gastwirt gegen". Es ist darin die Rede von der Roten Räuberregierung, welche gewisse Dünne esstigen, vor Industrie-

Küdungen usw. „Ueber allem“, so heißt es dann weiter, „Ihrent hoch und erhaben Erik Ebert“. Dann folgte eine Charakteristik des Reichspräsidenten, die sich hauptsächlich auf seine äußere Erscheinung bezieht und die Absicht persönlicher Herabsetzung deutlich erkennt. In einem zweiten, am 18. Februar unter der Überschrift „Man murkt“ erschienenen Artikel wird gelagi, jemand, der gute Beziehungen zu gewissen Kreisen habe, hohe Erzähler, doch der Reichspräsident sei für mehrere Millionen Mark ein Gut gekauft habe, während seine armen Verwandten auf Unterstützung angewiesen seien, um nicht zu verhungern. In dem dritten Artikel, der am 22. März erschienen ist, wird dann wieder in unschöner und absichtlich verlebender Weise die Persönlichkeit des Reichspräsidenten kritisiert und ihm sowie dem früheren Reichskanzler Bauer der Vorwurf gemacht, daß sie zur Zeit der Zwangswirtschaft der Lebensmittel-Schleichhandel betrieben hätten, um sich hinreichend mit Fleisch zu versorgen usw.

Das Gericht hat in allen drei Artikeln das Vorhandensein einer Beleidigung erkannt. Teilweise handelt es sich um reine Beschimpfungen im Sinne des § 186, teilweise um üble Nachrede gemäß § 186.

Gegen das Urteil hatte der Angellooche Revision eingezogen, die jetzt das Reichsgericht beschäftigte. Es suchte nachzuweisen, daß der Schutz des § 186 ihm zu Unrecht versagt worden sei, denn er habe nur öffentliche Missstände aufdecken wollen. Im einzelnen wünschte er sich dann noch genau die Beweiswürdigung und meinte u. a., das Wort „Parteidübler“ enthalte durchaus nichts Entehrendes. Das Reichsgericht hielt das Urteil nach jeder Richtung hin für einwandfrei und verwarf die Revision des Angeklagten als unbegründet.

## Reichstag und Beamtenbewegung.

Von der Presseabteilung des Deutschen Eisenbahnerverbandes wird uns geschrieben:

Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes veröffentlicht einen Beschuß seiner Vorstandssitzung vom 14. Januar, in dem er zum Ausdruck bringt, daß nach Prüfung aller Verhältnisse er dem Vorschlag seiner an den Verhandlungen mit der Regierung beteiligten Vertretern nicht beitreten kann. Der Vorstand behält sich zur Durchsetzung seiner Forderungen notwendige Maßnahmen vor. Durch diesen Beschuß bringt der Deutsche Beamtenbund in aller Offenheit zum Ausdruck, daß er seine Verhandler desavouiert und andere „notwendige Maßnahmen“ treffen wird. Wie inzwischen weiter bekannt geworden ist, hat der Deutsche Beamtenbund am 16. Januar eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der eine Revision der Grundgehälter und eine weitere Erhöhung des Teuerungszuschlags für die ersten Einkommensgruppen gefordert wird. Es ist selbstverständlich das gute Recht des Deutschen Beamtenbundes, Beschlüsse zu fassen, wie er sie für zweckmäßig hält, aber, soweit es sich um die an den Reichstag gerichtete Eingabe handelt, muß festgestellt werden, daß durch diese Haltung der Deutschen Beamtenbund aus der Einheitsfront mit den Spitzenverbänden ausgeschieden ist, und, gestützt auf seine eigene Macht, Gewerkschaftspolitik machen will. Überraschenderweise hat sich aber der Deutsche Gewerkschaftsbund, der die christlichen Organisationen zusammensetzt, bemüht, den Deutschen Beamtenbund noch zu übertrumpfen, indem auch er eine Eingabe an den Reichstag gerichtet hat, und darin zum Ausdruck bringt, daß diesmal keine sekte Vereinbarung getroffen wurde, die Regierung und Organisationen bindet. Aus diesem Grunde verlangt er ebenfalls vom Reichstag eine Aenderung der Grundgehälter und, als Mindestbetrag einer exträglichen Ausbesserung von 3600 Mk. für die Beamten, sowie entsprechende Umrechnung des Betrages für die Arbeiter. Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß es sich bei dem Vorgehen des Deutschen Beamtenbundes und des Deutschen Gewerkschaftsbundes lediglich um agitatorische Maßnahmen handelt. Beide Organisationen haben demnach die Einheitsfront in aller Form gesprengt und machen eine Politik, die sie für gut befinden. Ob das Personal der Reichs- und Staatsbetriebe davon einen Vorteil haben wird, bleibt abzuwarten. Der Deutsche Eisenbahnerverband hat selbstverständlich auch das Bestreben, die Lebenshaltung seiner Mitglieder auf das denkbare günstigste Niveau zu bringen, aber er verschmäht es, sich an dem agitatorischen Wettkampf anderer Organisationen zu beteiligen. Er hat nie einen Zweifel darüber gelassen, daß er im Notfalle, wenn alle anderen Mittel versagen, bereit ist, auch das äußerste gewerkschaftliche Kampfmittel anzuwenden, um die Existenzverhältnisse der Eisenbahner zu verbessern. Augenblicklich handelt es sich um eine Bewegung, die noch nicht zum Abschluß gekommen ist, weil die Frage der Überlebensverschärfungen noch keine endgültige Lösung gefunden hat. Erst wenn darüber völkerliche Klarheit geschaffen ist, wird der Deutsche Eisenbahnerverband seinerseits eine endgültige Stellung einnehmen. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund am Verhandlungstische mit der Regierung kein Wort darüber gesprochen hat, daß ihm die zustandegekommene Vereinbarung nicht paßt und daß er sich vorbehält, andere Maßnahmen zu treffen. Das Personal der Reichs- und Staatsbetriebe kann nicht ernstlich genug gewarnt werden, dem unverantwortlichen Treiben gewisser Organisationenrichtungen zu folgen, die lediglich ihre agitatorischen Bedürfnisse bestreiten wollen. Die Seiten sind wirklich zu ernst dazu, um Agitationsphrasen auf Kosten der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten zu verzapfen.“

## Feste Börse.

Berlin, 17. Januar.

Am Berliner Devisenmarkt hielt auch am Dienstag die sieße Tendenz an. Der Dollar erreichte zeitweise einen Kurs von 188. Amtlich notierten Kabel New York 186,25, London 788,50, Holland 680. An der Effektenbörse zeigte sich ebenfalls großer Unternehmergeist, da nach der Konferenz in Cannes die Anträge bei der Industrie wieder reichlich eingehen. Besonders lebhaft wurden Kali- und Kohlenaktien gehandelt.

## Internationale Sozialistkonferenz.

Annahme der Einladung seitens der SPÖ.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst meldet: Der sozialdemokratische Parteivorstand beschäftigte sich am Dienstag mit der von der Wiener Arbeitsgemeinschaft geplanten internationalen sozialistischen Konferenz, zu der auch die Kommunisten eingeladen werden sollen. Trotz aller Ver-

denken gegen ein Zusammengehen mit den Kommunisten beschloß der Parteivorstand, der Einladung der kommunistischen Parteien zuzustimmen. Dieser Beschluss kam zu Ende, weil die deutsche Sozialdemokratie das Befreien hat, mit der französischen sozialistischen Partei gemeinsam zu verhandeln.

Wir beglücken den Beschluss des Parteivorstandes auf sehr leste. Wenn uns auch die Aussichten auf eine praktische Verständigung mit den Kommunisten zu fehlen scheinen, ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die deutsche Sozialdemokratie jeden Versuch, der der Einigung der Arbeiterklasse dient, grundlegend unterstützt. Besonders die internationale Lage der Zeit gebebt, daß alles offen wird, was zu einer Fühlungsnahme mit den Arbeitervarien des Auslandes führen kann. Es wäre wünschenswert, daß die Kommunisten vor dem Zusammenkommen der internationalen Parteikonferenz in Genf abgehalten werden könnten, zumal auch auf ihrem Programm die ökonomische Lage Europas an erster Stelle steht.

## Ein bemerkenswerter Schiedsspruch.

SPD. Berlin, 17. Januar. (Drucksbericht.)

Der zur Schlichtung von Lohnstreitigkeiten in der Berliner Metallindustrie vom Reichsarbeitsministerium eingesetzte Schiedsspruch hat in der Sitzung am 17. Januar folgender Spruch gefällt: Der Schiedsspruchshut ist im Interesse der tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse von einem Schieds prüft und beschränkt sich auf folgende Vorschläge an die Parteien:

1. Die Lohnsätze des Tarifvertrages gelten als zum 31. Januar 1922 gekündigt.

2. Den Arbeitgebern wird empfohlen, allen Arbeitern und Arbeitern für den Monat Januar eine Zulage auf die Stundenlöhne zu gewähren, da eine fortwährende Teuerung auch im Monat Januar 1922 gegenüber dem Dezember 1921 nicht zu erkennen ist.

3. Über die Höhe dieser anempfohlenen Zulage und über eine den etwa weiter fortgeschrittenen Teuerungsverhältnissen entsprechende weitere Zulage für die nach dem 1. Februar 1922 liegende Zeit treten die Vertragsparteien innerhalb einer Woche erneut, zunächst unter sich in Verhandlungen.

## Schwarze und weiße Schmach.

Zu dem in Paris erschienenen Roman des Negers Maran schreibt Hermann Wendel in der „Glocke“: „Nicht gegen andere Farbtöne der Haut wendet sich der Sozialismus, sondern immer und überall gegen die Unterdrückung des Menschen und die Erhöhung der Gewalt über das Recht. Aus diesem Geichtswinkel ist ein grinsender Senegalneger als Posten an der Rheinbrücke nicht demütiger für den Deutschen als vor dem Umsturz die unbeschränkte, fast göttliche Macht eines grünen Schnüffels von preußischem Leutnant über Männer, die ihm an Lebenserfahrung, Bildung und Jahren meist gründlich überlegen waren, und im politischen Sinne war die Vorherrschaft des oststädtischen Junker in Deutschland, da sie von wirklich deutschem Wesen nicht mehr an und in sich hatten als die eigerischen Schützen Frankreichs, ebenso sehr die Herrschaft einer fremden Rasse über das deutsche Volk wie die Anwesenheit der Marokkaner in Mainz, Spener und Worms. Von den Möglichkeiten ihres Fortschritts abgesehen, steht auch ohne Zweifel heute schon unter den Negern gar mancher geistig und sittlich weit höher als der großmäulige aldeutsche Hafenkreuzler, der mit seinem unverschämten arischen Blut protzt, weil er auf sonst nichts stolz sein kann. Werden der Vollblutgermane Arthur Dinter und der Vollblutneger Nene Maran auf eine unparallele Wage gelegt, schnellt die Wage mit dem literarischen Abott des schwarz-weiß-roten Backfisches hoch in die Lüfte, denn sein Scherlein zur Menschheitsentwicklung ist nichts als übler Kitsch, gemeine Rassenvorhebung, mit Schlagsahne angerührt, während der Martinique-Neger Maran, für seinen Roman „Batuula“ Träger des Goncourtpreises von 1921, sich nicht nur als farbenprächtiger Schilderer äquatorialer Menschen und Gebräuche erweist, sondern auch als Anwalt einer höheren Gerechtigkeit auftritt. Das Buch gehört zu den Cahiers de dolance der farbigen Rassen gegen die Weißen; es drückt das Brandmal auf die „weiße Schmach“. Nur allem die Vorrede höhnt über den Hochmut, der den Negern Mittelafricas die Möglichkeit geistiger Bildung abspricht; „wenn Intelligenzmangel den Neger charakterisiert“, meint Maran, „gäbe es nur sehr wenig Europäer“. Schauplatz des Romans ist der Bezirk Grimari, ein Teil der französischen Kolonie Ubangi-Shari, der sehr bevölkert und reich an Rauchfuk war und an Hühnern und Ziegen überflüssig hatte. Sieben Jahre genügten zur vollkommenen Verwüstung dieser Gegend; die Rauchfukplantzungen verschwanden, die Hühner und Ziegen ausgerottet, die Dörfer verödet und doch wohnte hier ein jünges, widerstandsfähiges Volk, das weder die Sklavenjagden noch die Stammeskämpe zu lichten vermocht hatten. Aber, fällt Marans Wort wie ein Peitschenhieb, „die Zivilisation hat ihren Fuß hierher gesetzt, und die Dappa, M'Bi, Maruba, Langbassi, Sabanga und Ngapu, alle Banda-Stämme sind dezimiert worden“. Laut erhebt er die Anklage:

Zivilisation, du errichtest dein Reich auf Leichenhaufen. Was immer du willst, was immer du tufst, du wälztest dich in der Lüge. Dein Anblick läßt Tränen entstehen und Schmerzen ausschreien. Du bist die Macht, die über Recht geht. Du bist keine Fabel, sondern eine Feuersbrunst. Alles, was du anführst, du verzehst es!

In dem Roman selber schwachen Neger über den Krieg, den ihre Herren, die Franzosen, in „M'Putu“, in Europa, gegen die Deutschen führen; einer wünscht die Niederlage Frankreichs, aber ein anderer meint, daß Deutsche oder Franzosen das gleiche, nämlich Weiß, seien; und alle in dem Kreis sieben in Jorn und Hass gegen den weißen Mann, der den armen Farbigen versklavt und ausbeute, nur als Lasttier und Steuerobjekt ansiehe, lieblosen als Wild und Hund behandle und langsam ausrotte. In dieser Schilderung, die in ihrem starken Wirtschaftsfanatismus der Rousseauschen Sentimentalisation des Wilden sehr fern steht, wird durch den Mund eines Negers die Stimme der getretenen Gotteskreatur laut: „Der Mensch ist immer ein Mensch, welche Farbe er auch haben mag, hier wie in M'Putu.“

Wahrscheinlich werden die gegenwärtigen Gewalthaber Frankreichs „Batuula“ nur als passenden Roman werten, ähnlich wie ihre Vorfahren auf den Stühlen der Macht in

der „Hochzeit des Figaro“ von Beaumarchais eine erheiternde Komödie, nicht aber das Wetterleuchten der großen Revolution sahen. Über gerade in diesem Augenblick vermag „Batuula“ eine Mahnung zu sein. Denn da die gewaltige Armee, die das herrschende Frankreich nötig zu haben glaubt, um die Ergebnisse von Versailles zu sichern, aus dem Mutterland mit seiner zusammenhängenden Bevölkerung nicht aufzustellen ist, gedenkt man abermals die Lücken mit neuen Massen aus dem Kolonialreich aufzufüllen. Das Schlagwort des Tages heißt: „Weiße Artillerie und schwarze Infanterie!“ Alle Truppen, die mit Maschinenkrieg führen, sollen nach wie vor aus Weißen bestehen, und Eingeborene, Afrikas und Asiens, das eigentliche Kanonenunter der Sturmkolonnen bilden; vorläufig scheint man jedes Armeekorps aus zwei weißen und einer farbigen Division zusammenzusetzen zu wollen. Über ganz wohl ist selbst den französischen Militäristen bei diesen Plänen nicht. Ergänzt sich die farbige Armee, wie bisher, nur durch Werbung, so hat sie nicht nur der etwas peinliche Duft einer Söldnertruppe an, sondern vielleicht bleibt auch früher oder später der nötige Nachschub aus. Wird aber die Aushebung auf die Kolonien übertragen, so ist auch die Ausdehnung des Stimmrechts auf die Eingeborenen um Ende unvermeidlich,

denn Weisheit und Wehrpflicht sind im modernen Staat sich ergänzende Begriffe, und nur ein mittelalterliches Gesetzbild wie Österreich-Ungarn konnte Jahrzehnte hindurch die Bosnier zwar zum Militärdienst pressen, aber von jedem politischen Recht aussperren. Welch eine Umwälzung aber, wenn eines Tages zu den achtunddreißig Millionen weißer auch die fünfundfünzig Millionen farbiger Franzosen übergeordnete in das Palais Bourbon entstehen!

Das Proletariat der Arbeit wünscht dem Proletariat der Farbe Ende seiner Unterdrückung und freie Bahn für seine Entwicklung; die große Slavenbefreiung wird kommen, von der die Emancipation der Schwarzen in den Vereinigten Staaten nur ein winziges Beispiel war. Über das sie mit Blut und Brand kommt, vermag niemand zu wünschen. Auch seinem Vaterland dient deshalb Herr Briand am besten, wenn er in Cannes, vielleicht unter kleinen Augenblicksverzügen, der Interessenssolidität Europas aus dem El verhilft, als wenn er eine imaginäre Sicherungspolitik betreibt, die Jahr um Jahr hunderttausende von Schwarzen, Braunen und Gelben nach „M'Putu“ schleppen, sie dort des letzten Respekts vor der weißen Rasse durch Gewöhnung entkleidet und sie vor allem im Gebrauch des Hinterladers, der Handgranate und des Maschinengewehrs trefflich unterweist.

## 30. DEZEMBER 1921.

### Das Existenzminimum im Dezember 1921.

Von Dr. R. Kuczynski.

(Nachdruck verboten.)

In der ersten Dezemberhälfte waren fast sämtliche Nahrungsmitte noch wesentlich teurer als im Durchschnitt des Monats. In der zweiten Dezemberhälfte gingen insbesondere die Preise für Fette erheblich zurück, blieben aber im allgemeinen noch weit über dem Stande der ersten Novemberhälfte. Da überdies die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung weiter stiegen, waren die Kosten des Existenzminimums im ganzen im Dezember bedeutend höher als im November. Besonders stark erscheint natürlich die Teuerung im Vergleich mit der Vorkriegszeit. Brot kostete in Berlin 16 mal soviel wie vor acht Jahren. Gas achtzehnmal soviel, Zucker und Butter 24 mal soviel, Milch 27 mal soviel, Speck 33 mal soviel, Margarine 35 mal soviel, Kartoffeln 50 mal soviel. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich von Dezember 1918 bis Dezember 1921 eine Verteuerung auf das Sechzehnfache. In den fünf Wochen vom 28. November bis zum 1. Januar wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Dez. 1921	Preis Dez. 1918
	Pfg.	Pfg.
10 750 Gramm Brot . . . . .	4126	269
800 Gramm Mehl . . . . .	580	35
Zusammen	4706	294

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 47,06 Pf. zahlen muß, konnte man vor acht Jahren für 2,94 Pf. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun im Wochendurchschnitt etwa 5700 Kalorien. Der Nahrungsbedarf eines Kindes von sechs bis zehn Jahren beträgt etwa 11 200 Kalorien, der einer Frau etwa 16 800 und der eines Mannes etwa 21 000 Kalorien. Um das Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von sechs bis zehn Jahren die rationierten Mengen durch Lebensmittel im Nährwert von 11 200 — 5700 = 5500 Kalorien ergänzen müssen. Eine Frau müßte sich zu der so errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 5600 Kalorien hinzukaufen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Bedenkt man sich dabei sowohl als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von sechs bis zehn Jahren auf 36 Mark für eine Frau auf 75 Mark, für einen Mann auf 193 Mark. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Dezember 1913 für ein Kind 1,42 Mark, für eine Frau 2,90 Mark, für einen Mann 3,80 Mark.) Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor acht Jahren billiger, weil z. B. billiges frisches Fleisch damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden hier für die Vorkriegszeit angesetzt: Kind 1,75 Mark, Frau 2,90 Mark, Mann 3,50 Mark.)

	Preis Dez. 1921	Preis Dez. 1918
	Pfg.	Pfg.
Rationierte Nahrungsmittel . . . . .	941	59
250 Gr. Haferflocken . . . . .	310	13
3000 Gr. Kartoffeln . . . . .	744	15
125 Gr. Margarine . . . . .	690	20
250 Gr. Zucker . . . . .	290	23
1 Liter Milch . . . . .	620	23

Zusammen für ein 6—10jähr. Kind 3595 142

250 Gr. Brot . . . . . 192 6

125 Gr. Roggenmehl . . . . . 115 4

125 Gr. Reis . . . . . 163 6

250 Gr. Speisbohnen . . . . . 275 11

1000 Gr. Kartoffeln . . . . . 248 5

1500 Gr. Gemüse . . . . . 375 15

250 Gr. Büffelfleisch . . . . . 1000 56

125 Gr. Speck . . . . . 825 25

125 Gr. Margarine . . . . . 690 20

Zusammen für eine Frau 7478 290

500 Gr. Reis . . . . . 790 22

250 Gr. Erbsen . . . . . 305 10

125 Gr. Speck . . . . . 825 25

250 Gr. Salzheringe . . . . . 175 13

125 Gr. Margarine . . . . . 690 20

Zusammen für einen Mann 10263 330

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Kohle und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 10 Pf. (1913/14: 5,50 Pf.), für Heizung 27,35 Pf. (1,15 Pf.), für Beleuchtung 18,80 Pf. (0,75 Pf.)

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusehen: Mann 55 Pf. (2,50 Pf.), Frau 37 Pf. (1,65 Pf.), Kind 18 Pf. (0,85 Pf.).

Für alle sonstigen lebenswichtigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgeld, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 30 Prozent (1913/14: 25 Prozent) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung . . . . .	103	177 249
Wohnung . . . . .	10	10 10
Heizung, Beleuchtung . . . . .	41	41 41
Bekleidung . . . . .	55	92 128
Sonstiges . . . . .	62	97 129
Dezember 1921: . . . . .	271	417 557
November 1921: . . . . .	244	378 509
Oktober 1921: . . . . .	187	286 386
September 1921: . . . . .	171	260 349
August 1913 / Juli 1914: . . . . .	16,75	22,30 28,80

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestlohn im Dezember 1921 für einen alleinstehenden Mann 45 Pf., für ein kinderloses Ehepaar 69 Pf., für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 6 bis 10 Jahren 93 Pf. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 14 200 Pf., für das kinderlose Ehepaar 21 700 Pf., für das Ehepaar mit 2 Kindern 29 100 Pf.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zum Dezember 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 Pf. auf 271 Pf., d. h. auf das 16,2fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 Pf. auf 417 Pf., d. h. auf das 18,7fache, für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 28,80 Mark auf 557 Mark, d. h. auf das 19,3fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt 5 bis 6 Pf. wert.

## Wiebmärkte.

Hamburg, 17. Januar.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein. Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtwiebmärkte wird uns mitgeteilt:

Kälbermarkt.

Preis für 100 Pfund

Lebendgewicht

Doppellender	1750—1950 Pf.
</

# Lübecker Privatbank in Lübeck.

Die außerordentliche Generalversammlung unserer Aktionäre vom 12. Januar 1922 hat beschlossen, das Aktienkapital von nom. Mf. 16 000 000.— auf Mf. 80 000 000.— durch Ausgabe von

(11988)

Mf. 12 500 neuen auf den Jahr über laufenden Aktien zu nom. Mf. 1200.— unter Ausschluß des geistlichen Bezugsbrechtes der Aktionäre zu erhöhen.

Die auszugebenen

Mf. 15 000 000 neue Aktien,

die vom 1. Januar 1922 ab dividendenberechtigt sind,

sind von der Deutschen Bank, Filiale Hamburg-Hamberg, mit der Verpflichtung übernommen worden, diese Mf. 15 000 000.— zum Kurse von 175 % franco Stückzinsen ausgänglich ganzen Schuhsteckstempel den Besitzern der alten Aktien daran zum Bezug anzubieten, daß auf je Mf. 1200.— alte Aktien eine neue Aktie zu nom. Mf. 1200.— bezogen werden kann. Beträge alter Aktien unter Mf. 1200.— bleiben unberücksichtigt.

Nachdem der Beschluß der Kapitalerhöhung über Mf. 15 000 000.— sowie die Durchführung in das Handelsregister eingetragen ist, fordern wir im Auftrage der Deutschen Bank, Filiale Hamburg in Hamberg, unsere Aktionäre auf, das Bezugsbrecht unter folgenden Bedingungen auszuüben:

1. Die Ausübung des Bezugsbrechtes muß bei Vermehrung des Auschüttungskurses in der Zeit bis zum 4. Februar 1922 einheitlich

in Lübeck bei unserer Kasse,  
in Hamburg bei der Deutschen Bank,  
Filiale Hamburg,

in Berlin bei der Deutschen Bank.

Während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden erfolgen. Soweit dies nicht geschieht, werden die Bezugsfesten zur Ausübung des Bezugsbrechtes vom Beziehenden beauftragt werden, werden die Bezugsfesten für ihre Mehrwertung die aktuelle Prozession durchgehen.

2. Nur je nom. Mf. 1200.— eine Aktie kann eine neue Aktie zu nom. Mf. 1200.— zum Kurse von 175 % franco Stückzinsen ausgänglich gezogen Schuhsteckstempel bezogen werden.

3. Bei Ausübung des Bezugsbrechtes sind die alten Aktienurkunden ohne Dividendenabzeichen mit Angabe derzeitiger in zweifacher Ausfertigung, die bei den Urkundeneinheiten erhaltlich sind, zur Überprüfung einzutragen. Die alten Aktienurkunden werden abgestempelt und alsdann zurückgegeben.

4. Sofort bei Ausübung des Bezugsbrechtes ist der volle Bezugswert von 175 % = Mf. 2100.— zu zahle.

5. Alle der genannten Schuhsteckstempel hat einzuzahlen.

Eine empfohlene Steuer auf die Gründung von Bezugsbrechtes hat der bezeichnende Aktionär unterliegt zu tragen.

5. Die Zahlung des Bezugsbrechtes wird auf einer Kämmelbeteiligung quittiert. Die neuen Aktienurkunden werden nach Feststellung gegen Rückgabe der erhielten weiteren Ausfertigung bei Kämmelbeteiligung ausgedehnt. Die Bezugsfesten hat bestätigt, aber nicht verpflichtet, die Kapitalisation des Bezugsbrechtes zu verhelfen.

6. Die Bezugsfesten sind bereit, die Verwendung oder der Kauf vom Bezugsbrechtes zu verhindern.

Lübeck, im Januar 1922

Lübecker Privatbank.  
Hansmann

Gesellten, Berndt.  
Am Sonntag nach unser Geburtstag

Friedl Meyer.  
Geb. (11992) seinem Andenktag  
Begründung Donnerstag, 19. Januar  
zum 34. Uhr, im  
Kathol. Friedhof  
Zur Gedenkstätte.

Deutscher  
Metallarbeiter-Verband  
Vorstand Lübeck  
Am 15. Januar findet  
unter Kollegie

Willi Meyer.  
Geb. (12018) seinem Andenktag  
Die Begründung  
findet am Donnerstag  
zum 34. Uhr, im  
Kathol. Friedhof statt.

Die Ortsverwaltung

Hausmeister  
gef. am Bürgfeld 12c  
am Sonntag ab 12 Uhr  
1922 Hörtegr. 44/10

Deutscher  
Metallarbeiter-Verband  
Vorstand Lübeck  
Am 15. Januar findet  
unter Kollegie

Willi Meyer.  
Geb. (12018) seinem Andenktag  
Die Begründung  
findet am Donnerstag  
zum 34. Uhr, im  
Kathol. Friedhof statt.

Die Ortsverwaltung

Hausmeister  
gef. am Bürgfeld 12c  
am Sonntag ab 12 Uhr  
1922 Hörtegr. 44/10

Deutscher  
Metallarbeiter-Verband  
Vorstand Lübeck  
Am 15. Januar findet  
unter Kollegie

Willi Meyer.  
Geb. (12018) seinem Andenktag  
Die Begründung  
findet am Donnerstag  
zum 34. Uhr, im  
Kathol. Friedhof statt.

Die Ortsverwaltung

Hausmeister  
gef. am Bürgfeld 12c  
am Sonntag ab 12 Uhr  
1922 Hörtegr. 44/10

Deutscher  
Metallarbeiter-Verband  
Vorstand Lübeck  
Am 15. Januar findet  
unter Kollegie

Willi Meyer.  
Geb. (12018) seinem Andenktag  
Die Begründung  
findet am Donnerstag  
zum 34. Uhr, im  
Kathol. Friedhof statt.

Die Ortsverwaltung

Hausmeister  
gef. am Bürgfeld 12c  
am Sonntag ab 12 Uhr  
1922 Hörtegr. 44/10

Deutscher  
Metallarbeiter-Verband  
Vorstand Lübeck  
Am 15. Januar findet  
unter Kollegie

Willi Meyer.  
Geb. (12018) seinem Andenktag  
Die Begründung  
findet am Donnerstag  
zum 34. Uhr, im  
Kathol. Friedhof statt.

Die Ortsverwaltung

Hausmeister  
gef. am Bürgfeld 12c  
am Sonntag ab 12 Uhr  
1922 Hörtegr. 44/10

Deutscher  
Metallarbeiter-Verband  
Vorstand Lübeck  
Am 15. Januar findet  
unter Kollegie

Willi Meyer.  
Geb. (12018) seinem Andenktag  
Die Begründung  
findet am Donnerstag  
zum 34. Uhr, im  
Kathol. Friedhof statt.

Die Ortsverwaltung

Hausmeister  
gef. am Bürgfeld 12c  
am Sonntag ab 12 Uhr  
1922 Hörtegr. 44/10

Deutscher  
Metallarbeiter-Verband  
Vorstand Lübeck  
Am 15. Januar findet  
unter Kollegie

Willi Meyer.  
Geb. (12018) seinem Andenktag  
Die Begründung  
findet am Donnerstag  
zum 34. Uhr, im  
Kathol. Friedhof statt.

Die Ortsverwaltung

Hausmeister  
gef. am Bürgfeld 12c  
am Sonntag ab 12 Uhr  
1922 Hörtegr. 44/10

Deutscher  
Metallarbeiter-Verband  
Vorstand Lübeck  
Am 15. Januar findet  
unter Kollegie

Willi Meyer.  
Geb. (12018) seinem Andenktag  
Die Begründung  
findet am Donnerstag  
zum 34. Uhr, im  
Kathol. Friedhof statt.

Die Ortsverwaltung

Hausmeister  
gef. am Bürgfeld 12c  
am Sonntag ab 12 Uhr  
1922 Hörtegr. 44/10

Deutscher  
Metallarbeiter-Verband  
Vorstand Lübeck  
Am 15. Januar findet  
unter Kollegie

Willi Meyer.  
Geb. (12018) seinem Andenktag  
Die Begründung  
findet am Donnerstag  
zum 34. Uhr, im  
Kathol. Friedhof statt.

Die Ortsverwaltung

Hausmeister  
gef. am Bürgfeld 12c  
am Sonntag ab 12 Uhr  
1922 Hörtegr. 44/10

Deutscher  
Metallarbeiter-Verband  
Vorstand Lübeck  
Am 15. Januar findet  
unter Kollegie

Willi Meyer.  
Geb. (12018) seinem Andenktag  
Die Begründung  
findet am Donnerstag  
zum 34. Uhr, im  
Kathol. Friedhof statt.

Die Ortsverwaltung

Hausmeister  
gef. am Bürgfeld 12c  
am Sonntag ab 12 Uhr  
1922 Hörtegr. 44/10

Deutscher  
Metallarbeiter-Verband  
Vorstand Lübeck  
Am 15. Januar findet  
unter Kollegie

Willi Meyer.  
Geb. (12018) seinem Andenktag  
Die Begründung  
findet am Donnerstag  
zum 34. Uhr, im  
Kathol. Friedhof statt.

Die Ortsverwaltung

Hausmeister  
gef. am Bürgfeld 12c  
am Sonntag ab 12 Uhr  
1922 Hörtegr. 44/10

Deutscher  
Metallarbeiter-Verband  
Vorstand Lübeck  
Am 15. Januar findet  
unter Kollegie

Willi Meyer.  
Geb. (12018) seinem Andenktag  
Die Begründung  
findet am Donnerstag  
zum 34. Uhr, im  
Kathol. Friedhof statt.

Die Ortsverwaltung

Hausmeister  
gef. am Bürgfeld 12c  
am Sonntag ab 12 Uhr  
1922 Hörtegr. 44/10

Deutscher  
Metallarbeiter-Verband  
Vorstand Lübeck  
Am 15. Januar findet  
unter Kollegie

Willi Meyer.  
Geb. (12018) seinem Andenktag  
Die Begründung  
findet am Donnerstag  
zum 34. Uhr, im  
Kathol. Friedhof statt.

Die Ortsverwaltung

Hausmeister  
gef. am Bürgfeld 12c  
am Sonntag ab 12 Uhr  
1922 Hörtegr. 44/10

Deutscher  
Metallarbeiter-Verband  
Vorstand Lübeck  
Am 15. Januar findet  
unter Kollegie

Willi Meyer.  
Geb. (12018) seinem Andenktag  
Die Begründung  
findet am Donnerstag  
zum 34. Uhr, im  
Kathol. Friedhof statt.

Die Ortsverwaltung

Hausmeister  
gef. am Bürgfeld 12c  
am Sonntag ab 12 Uhr  
1922 Hörtegr. 44/10

Deutscher  
Metallarbeiter-Verband  
Vorstand Lübeck  
Am 15. Januar findet  
unter Kollegie

Willi Meyer.  
Geb. (12018) seinem Andenktag  
Die Begründung  
findet am Donnerstag  
zum 34. Uhr, im  
Kathol. Friedhof statt.

Die Ortsverwaltung

Hausmeister  
gef. am Bürgfeld 12c  
am Sonntag ab 12 Uhr  
1922 Hörtegr. 44/10

Deutscher  
Metallarbeiter-Verband  
Vorstand Lübeck  
Am 15. Januar findet  
unter Kollegie

Willi Meyer.  
Geb. (12018) seinem Andenktag  
Die Begründung  
findet am Donnerstag  
zum 34. Uhr, im  
Kathol. Friedhof statt.

Die Ortsverwaltung

Hausmeister  
gef. am Bürgfeld 12c  
am Sonntag ab 12 Uhr  
1922 Hörtegr. 44/10

Deutscher  
Metallarbeiter-Verband  
Vorstand Lübeck  
Am 15. Januar findet  
unter Kollegie

Willi Meyer.  
Geb. (12018) seinem Andenktag  
Die Begründung  
findet am Donnerstag  
zum 34. Uhr, im  
Kathol. Friedhof statt.

Die Ortsverwaltung

Hausmeister  
gef. am Bürgfeld 12c  
am Sonntag ab 12 Uhr  
1922 Hörtegr. 44/10

Deutscher  
Metallarbeiter-Verband  
Vorstand Lübeck  
Am 15. Januar findet  
unter Kollegie

Willi Meyer.  
Geb. (12018) seinem Andenktag  
Die Begründung  
findet am Donnerstag  
zum 34. Uhr, im  
Kathol. Friedhof statt.

Die Ortsverwaltung

Hausmeister  
gef. am Bürgfeld 12c  
am Sonntag ab 12 Uhr  
1922 Hörtegr. 44/10

Deutscher  
Metallarbeiter-Verband  
Vorstand Lübeck  
Am 15. Januar findet  
unter Kollegie

Willi Meyer.  
Geb. (12018) seinem Andenktag  
Die Begründung  
findet am Donnerstag  
zum 34. Uhr, im  
Kathol. Friedhof statt.

Die Ortsverwaltung

Hausmeister  
gef. am Bürgfeld 12c  
am Sonntag ab 12 Uhr  
1922 Hörtegr. 44/10

Deutscher  
Metallarbeiter-Verband  
Vorstand Lübeck  
Am 15. Januar findet  
unter Kollegie

Willi Meyer.  
Geb. (12018) seinem Andenktag  
Die Begründung  
findet am Donnerstag  
zum 34. Uhr, im  
Kathol. Friedhof statt.

Die Ortsverwaltung

Hausmeister  
gef. am Bürgfeld 12c  
am Sonntag ab 12 Uhr  
1922 Hörtegr. 44/10

Deutscher  
Metallarbeiter-Verband  
Vorstand Lübeck  
Am 15. Januar findet  
unter Kollegie

Willi Meyer.  
Geb. (12018) seinem Andenktag  
Die Begründung  
findet am Donnerstag  
zum 34. Uhr, im  
Kathol. Friedhof statt.

Die Ortsverwaltung

Hausmeister  
gef. am Bürgfeld 12c  
am Sonntag ab 12 Uhr  
1922 Hörtegr. 44/10

Deutscher  
Metallarbeiter-Verband  
Vorstand Lübeck  
Am 15. Januar findet  
unter Kollegie

Willi Meyer

## Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 18. Januar.

### Das große Sterben.

Ungeheure Opfer hat der Weltkrieg gefordert. Viele Missionen in blühendem Alter sterbende Männer müssen auf dem Schlachtfeld ihr Leben lassen. Andere sind zu Krüppeln geschossen oder ihrer Gesundheit beraubt. Nur Elend und Jammer hat uns bis hinein zum Stahlbad gebracht.

In einigen bürgerlichen Blättern erschien in den letzten Tagen ein Artikel, der das große Sterben zahlenmäßig veranschaulichte. Diese Blätter führten aber diese grauenhaften Zahlen nicht auf den Krieg, sondern vor allem auf die Revolution zurück. Jeder rechtlich denkende Mensch wird aber ohne weiteres diesen Schwund erkennen. Nicht die soziale Umwälzung, sondern lediglich der Krieg hat das Unheil über die Menschheit gebracht. Deutschland, das bis zum Weißbluten den Krieg weiterführte, hat natürlich am schwersten gelitten. Erfüllter ist das Unwachstum der Sterblichkeit im Erwachsenenalter; ist doch den alten Leuten nicht nur die Nahrung verschlechtert, sondern auch die Lebensfreude genommen. Viele von ihnen gehen einfach unter dem Druck ihrer Sorgen zugrunde. Aber es ist nicht nur das Greisenalter, das der Tod als Bürger mit schärferer Sense heimsucht als sonst. Vielmehr fallen ihm alle Altersklassen in höherem Maße zum Opfer. So ist beispielsweise die Sterblichkeit des weiblichen Geschlechts in Preußen für die Altersklassen von 30—60 Jahren in den Kriegsjahren regelmäig gestiegen; sie belief sich 1914 auf 58 644 Personen und stieg bis 1917 auf 77 330 Personen. Wett ärger noch ist die Sterblichkeit des Kindesalters gestiegen. Es ist geradezu entzücklich, was uns die Statistik enthüllt: in dem Alter vom 5—15 Jahren starben in Preußen 1914 25 730 Kinder, 1918 dagegen 50 291. Das bedeutet eine Steigerung um 96 Prozent, also fast auf das Doppelte.

Und die Verhältnisse wollen noch immer nicht wesentlich besser werden; nur doch die Tuberkulose lebt etwas abgenommen hat. Sonst liegen die Dinge noch ebenso trostlos. In den deutschen Großstädten haben heute 3 383 900 Kinder. Über ihre Lage geben ziemlich genaue Erhebungen Auskunft. Auf dem internationalen Kongress für Kinderhilfe in Genf erstattete die Schriftstellerin des Vereins für Kinderhilfe in Berlin, Adele Schreiber, einen Bericht, der feststellte, daß von diesen 3 383 900 Kindern 200 623 tuberkulös sind und 838 973 schwer unterernährt oder mit anderen Krankheiten behaftet sind, mithin 1 036 605 Kinder in unseren Großstädten, d. h. 30 Prozent als stark angelehnen werden müssen. Da auch die Bevölkerung der Mittel- und Kleinstädte vielfach durchaus nicht in wesentlich günstigerer Lage ist, so ferner in vielen ländlichen Bezirken ebenfalls sehr schwere Schädigungen der Kindergesundheit durch Krankheiten festgestellt wurden, so läßt sich annehmen, daß in den nächsten Jahren 2½ Millionen deutscher Kinder dem Untergange geweiht sind, falls nicht für eine wesentlich bessere Ernährung gesorgt werden kann.

In einzelnen Gebieten liegen die Dinge unglaublich. So erreichte die Südwüste im Bezirk Annaberg schon eine Höhe von 19,2 Prozent. Der amtliche Bericht des Leiters der Gemeindeschule von Ickhorst stellte fest, daß etwa 60 Prozent der Schulkinder an Bluterkrankheit und Skrofulose leiden. Nach den Statistiken des Bezirksarztes im Medizinalbezirk Schwarzenberg hat das durchschnittliche Gewicht der Kinder im letzten Schuljahr (salso der 14-jährigen), das normalerweise ohne Kleidung 40 Kilo betragen müßte mit Kleidung nur noch 34,8 Kilo betragen. Während die Größe der Kinder normalerweise 150 Centimeter betragen sollte, belief sie sich nur auf 141,6 Centimeter.

Es ist von vielen Hunderttausenden in Deutschland eine unzere Körpergewichtsgrenze überschritten, die nicht einmal erreicht werden durfte. Es ist dann unendlich schwer, wieder einzukommen; der Mensch, der diese Grenze überschritten hat, verklummt, fällt irgend einer Krankheit zum Opfer oder erfrißt, ohne daß ärztliche Kunst irgendwelche Hilfe bringen könnte. Einer unserer ersten Sachverständigen für die Volksernährung, Geh. Medizinalrat Dr. Röther, hat in einer für die Friedensverhandlungen ausgearbeiteten Denkschrift des Reichs-Gesundheitsamtes dargetan, daß 50 Millionen Menschen in Deutschland der Auflösung bedürfen — d. h. des Wiederaufbaus verlorener Kräfte, der nicht ohne weiteres durch normale Zuführung der Nährstoffe erreicht werden kann, die vorher verloren gegangen sind.

Nicht stehen wir vor weiteren Preiserhöhungen, die natürlich vermehrtes Elend mit sich bringen. Die Algerier und sonstige Volksausbeuter, die die Milch- und andere Lebensmittelpreise fortgesetzt steigern, sollten sich einmal die vorgedachten Zahlen ins Gedächtnis prägen. Leider aber gibt es immer noch Leute, die kein soziales Verständnis, ja nicht einmal menschliches Gefühl haben, sondern die aus dem Elend Gold zu munzen versuchen. Das Elend des Krieges, das zum Himmel schreit, wird durch die Wucherer noch verschärft.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, dem 23. ds. Ms., abends 8 Uhr statt.

Die neuen Bestimmungen über die Einkommensteuer. Der Reichsfinanzminister macht wiederholts darauf aufmerksam, daß die jetzt zur Verteilung gelangenden Steuerbücher mit den alten Sätzen, wie sie für die Steuermäßigung nach den Bestimmungen, die bis zum 31. Dezember gültig waren, versehen werden müssen. Der Arbeitgeber ist dagegen verpflichtet, diejenigen Abzüge zu machen, wie sie nach den neuen Bestimmungen vom 1. Januar d. J. am gültig sind. Hierauf ergibt sich, daß die Beiträge für den Ehemann, die Chefrau und die Kinder verdoppelt und der für die Werbungskosten verdreifacht werden. Sofern ein Steuerpflichtiger mittellose Angehörige unterhält, ist er berechtigt, beim Finanzamt eine Veränderung der Angaben auf seinem Steuerbuch zu beantragen. Wird diesem Antrage stattgegeben, so ist das Finanzamt verpflichtet, auch die anderen Sätze entsprechend dem Beschlüsse des Reichstages vom 17. Dezember 1921 abzuändern. Diese Eintragungen sind mit einer anderen Tinte als die von der Gemeindebehörde ursprünglich gemachten Eintragung zu bewirken, außerdem hat das Finanzamt entweder durch Stempel oder durch handschriftlichen Vermerk die Abänderung zu bestätigen. In gleicher Weise ist auch zu verfahren, wenn der Steuerpflichtige eine Erhöhung des Abzuges für Werbungskosten beantragt. Einem diesbezüglichen Antrag ist aber nur stattgegeben, wenn die Werbungskosten den Betrag von 5400 M. um mindestens 450 M. übersteigen. Ferner ist zu beachten, daß Versicherungsprämien, welche für Versicherungen des Steuerpflichtigen oder eines seiner nicht selbstständig vertragten Haushaltungsangehörigen auf den Todes- oder Erblebenfall bezahlt werden, anrechnungsfähig sind, soweit sie den Betrag von 1 000 M. jährlich nicht übersteigen. Durch das Gesetz vom 24. März 1921 ist der Betrag von 600 Mark auf 1 000 Mark erhöht worden. Als Stichzahl für die Verlustabnahmen gilt sowohl für 1921 als auch 1922 der 20. Oktober.

Schlafwagenverkehr. Der febribetriebene Vorverkauf der Bettkarten ist wieder eingeführt worden. Mit Gültigkeit vom 1. Februar ob werden die Pettitickets für die Schlafwagen der Reichsbahn wie folgt festgesetzt: 1. Klasse 200 M., Normalkarte 10 M., 2. Klasse 100 M., Normalkarte 10 M., 3. Klasse 50 M., Normalkarte 5 M. Für telegraphische Vorabbestellung von Schlafwagenplätzen werden 15 M. erhoben.

Die letzten „billigen“ Eisenbahnfahrtkarten. Wo von der am 1. Februar d. Js. eintretenden Tariferhöhung muß mit den in der Zeit vom 29. bis 31. Januar gelösten Fahrtkarten die Reise spätestens am 31. Januar eingetreten werden. Doppelkarten und Fahrtkarten zur Rückfahrt werden an diesen Tagen nicht ausgegeben.

Schössengericht. Einem Zusammensetzung mit einem Justizbeamten hatte der Tischler M. eines Abends im Herbst u. J. auf dem Wege zum Flugplatz. Letzterer, der einen Blockwagen mit einem gefüllten Sack zog, wurde von dem Beamten angehalten, da dieser den Inhalt des Sacks prüfen wollte. Obgleich M. von seinem Lande kam und in dem Sack Steckrüben hatte, gab er einen falschen Namen an. Es entzündete sich ein heftiger Ausriss, möbel der Beamten den Beamten mit dem Spaten schlug. Der Bekleidungsbutz will in großer Erregung gehandelt haben. Das Gericht erkannte wegen der falschen Namensangabe auf 30 M. Geldstrafe und wegen der Bedrohung auf 150 M. Geldstrafe. — An der Bahnhofsperre angehängt

wurde der Arbeiter M., als er mit seiner Wochenfahrtkarte nach dem Eisenbahnwerk fahren wollte. Die Karte, auf der das Ausstellungsdatum unsichtbar war, hatte aber Gültigkeit. M. wollte sich nun durch die Spezere drängen und hat dabei den Eisenbahnamt mit der Faust vor die Brust gestoßen. Der Angeklagte wurde wegen dieses tatsächlichen Angriffs zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

Nachrichten über Brasilien. Neuerdings steht gegen die deutschen Schulen in Brasilien ein ziemlich schärflicher Wind. Sie haben bis jetzt schon in der Hauptstadt ein Wiedersehen verhindert, durch die neuen und noch weiterhin geplanten Maßnahmen soll ihnen das Festhalten bedeutend erschwert werden. Ein Anfang kann deutschen Auswanderern nicht empfohlen werden. Ebenso muß gewarnt werden vor Angeboten der São Paulo-Rio-Grande-Bahngesellschaft im Staate Santa Catharina. Der Präsident dieses Staates beschuldigt die genannte Gesellschaft, daß sie aus gewinnstüchtigen Absichten Einmündungen von euton und rentablen Siedlungsländern ab- und nach ihren eigenen weitesten gelegenen Ländern hinführt. Erwähnt werden darf, daß der Staat Matto Grosso 4000 Familien freie Oberfläche gewähren will, sind unbegründet. Es liegt bis jetzt noch kein konkretes Projekt vor. Kreuzfahrten nach Brasilien, auch iorweite andere Bundesstaaten in Frage kommen, werden bis auf weiteres nicht gewährt.

Eine Auswanderung nach dem Staate Bahia kann aus klimatischen Gründen nicht empfohlen werden. Einmal einfacher sind die Verhältnisse in Pernambuco, wo auch Medanfer, Dreher und Tischler einiges Glück auf Anstellung haben. Allerdings ist Sprachkenntnis sehr erwünscht und vorteilhaft. Im Staate Espírito Santo sollen mehrere Hundert deutsche Landarbeiterfamilien angesiedelt werden, und zwar unter verhältnismäßig günstigen Bedingungen. Es muß aber immer wieder betont werden, daß mittellose Auswanderer auch in Brasilien nichts anfangen können, und es gibt sogar einschlägige Bodenbesitzer, die jedem Deutschen raten, wenn er irgend zu Hause bleiben kann, nicht nach Brasilien zu kommen. Wer sein Glück drüben dennoch versuchen will, muß wenigstens neben den Kosten für Überfahrt, über 25—30 000 M. verfügen.

Bei der Reichsanstalt für Wohlfahrtswesen wurden im Jahre 1921 8774 Ansprüche erfüllt. Daraus sind 6957 mündlich erledigt worden. Unter 1917 Sachen mußte eine Art ansehnlich werden. In vielen Sachen war ein recht umfangreicher Schriftwechsel nötig. Aus der Reichsversicherungskommission sind 1097 Fälle und aus dem Arbeits- und Dienstvertrag 961 Fälle bearbeitet worden. Die übrigen Sachen verteilen sich auf bürgerliches Recht und Strafsachen.

Namensverleihung. Der Senator hat der Chefrau Berta Sophie Frieda Eine Behrens geb. Reuter und dem Willi alias Christian Reuter den Familiennamen Linvert verliehen.

Die Frist zur Anmeldung von Gesetzesansprüchen auf Grund des Verdrängungsfürbündengesetzes ist vorläufig bis zum 30. Juni des J. verlängert worden. Die näheren Vorschriften über die Fassung und Bearbeitung der Anträge, sowie über die Frage, wo in Lübeck die Anträge zu stellen sind, sind noch nicht herausgegeben, weil die Ausführungsbestimmungen zum Verdrängungsfürbündengesetz noch nicht vorliegen. Dieses wird aber in Kürze nachgeholt werden. Alsdann werden nähere Mitteilungen durch die Zeitung erfolgen.

Gasvergiftung. Die in „Rochs Hof“ in der Frähsstraße wohnende Witwe Westfahl wurde tot in ihrem Bett aufgefunden. Die ganze Stube war mit Gas gefüllt, so daß man annimmt, daß die Frau den giftigen Gasen zum Opfer gefallen ist.

pb. Ausgehobenes Räuberfest. Der Kriminalpolizei gelang es, auf die Spur einer Diebes- und Hörlerbande zu kommen, die sich in einem Hause der unteren Ladeweg-Allee sicher gefühlt hatte. Die Bande, von der bekannt war, daß sie Waffen bei sich führten, wurde in früher Morgentunde von mehreren Kriminalbeamten überrascht und festgenommen. Eine Durchsuchung der Wohnung, des nahe gelegenen Stalles und einer an der Grenzstraße stehenden Gartenbude, förderten eine große Menge Diebesgut auf. Die Haupttäter, der bereits mehrfach vorbestraft 16jährige Arbeitshilfe A. und der Arbeiter B., waren geständig, seit längerer Zeit in der Umgebung von Lübeck wie Wilnsdorf, Sarau, Krummesse, Blieskastel und Kastor mehrere Einbruchs-

## Eine dunkle Tat.

Roman von Levin Schücking.

### 5. Fortsetzung.

So war der reiche Schulze nach und nach heruntergekommen, daß seine Töchter, von denen nur die jüngste, die ihrem Mannen den Hof übertrug, heiraten konnte, bei fremden Leuten dienen mußten. Margot kam als Magd nach Diependahl, zu der Familie von Schummens, die dort wohnte und aus einer alten Dame und ihrem Stiefsöhne bestand. Sie wohnte lange dort; sie war schön, hübsch, legten die Leute, die sie damals gesehen hatten, aber auch höflich, eigenartig und verschlossen, gerade so wie ihr Vater, der alte Wellmeyer. Nun, es ist auch eine horre Sache, fremder Leute Brot esser zu müssen, für die Tochter eines freien Schulzinses, der vielleicht über Karls des Großen Schwerdt gekämpft, damit zu richten über alles, was Gemüse gege, und der jedenfalls weiß, daß keine Vorfahren seit unzähligen Zeiten auf seinem Hof gesessen haben und die eigentlichen Herren des Landes sind, so daß der heutige Adel nur braucht auszutreten, und es kann dann nicht fehler, daß alle seine Güter und Grundstücke wieder dem Schulzen zufallen. Wer kann es der schönen Margot also verürgen, daß sie sich nichts wolle bieten lassen? Da von Schummens behaupteten sie auch gut; denn als der lezte Vater geheiratet hatte, ward sie Württem bei seinen Kindern. Und doch hatten sie so viel Not mit den Kindern und lieben von allen Domestiken keinen ihnen nahe kommen, als nur die schöne Margot, die auch mit nach Paris mußte, als die Herrschaft dahin zog.

Die Schummens waren gestorben. Nach ihrem Tode war sie noch eine Zeit lang auf dem Gute gewesen, bei dem neuen Herrn von Katterbach, der als Lehnsfolger die Besitzungen der erloschenen Familie angetreten hatte. Darauf folgten ihre weiten Pilgerfahrten und nach diesen ihre Heimat. Mit der war es auch wieder zurückgegangen. Als sie das letztemal wieder nach Hause gekommen, hörte sie, daß es dem Schulmeister ihres Dorfes so erbärmlich gehe. Der arme Mann hatte die Gicht so stark in allen Gliedern, daß man ihm keine Stelle hätte nehmen müssen; zu gleicher Zeit waren ihm zwei Knie, sehr großer Reichtum, innerhalb dreier Wochen nacheinander gefallen; und nun lag der arme Mensch tot auf in keiner Hütte, ohne daß sich jemand um ihn kümmerte und ihn pflegte; seine Frau war lange tot, und seinen Sohn, einen baumlangen Menschen, hatten die Preußen für die Preußische Wachtparade gefasst. Der Mann hatte durchaus wieder eine Frau haben müssen, die Tag und Nacht um ihn wäre; aber wer wollte den frischen Schulmeister nehmen, um mit ihm auf dem harten Stock zu liegen und sich etwas vorzuhauen zu lassen?

Margot ging zu ihm und legte ihm, daß sie es wolle. Der alte Scheit trautte keinen. Obwohl nicht, aber als sie damit anging, ihm zu pflegen und einen Doktor herbeizuhören, der nur aufzukommen durfte — Margot bezogte alles — brachte sie ihm bald

so weit, daß er mit ihr den Kirchgang machen konnte. Und weil sie so gut angeliebten stand bei den vornehmen Leuten auf Diependahl und da herum, kostete es ihr nur eine oder zwei kleine Fußreisen — und der arme Schulmeister ward plötzlich als Verwalter auf Bechenburg angestellt, wo freilich nicht viel zu verwalten war, denn die Grundstücke des Gutes waren alle verpachtet. Endlich starb er ihr ab; Margot schien sich aber so an ihn gewöhnt zu haben, daß sie auch noch dem Tode nicht von ihm lassen konnte; wer ihn seien wollte, dem zeigte sie ihn, wie er in ihrem Bett lag, das heißt seine Schloßmütze und sein Nachtwams mit einer Maske dazwischen.

Nur zwei Umstände blieben geheimnisvoll an ihr. Ich meine nicht den, daß Margot für eine Vorgeschiedene hielt, denn das ist nichts Verwunderliches in Westfalen, daß es eine einzige Leute gibt, die es nachts heraustreibt — zumal wenn der Vollmond am Himmel steht — um Dinge zu sehen, die sich erst später wirklich zuzeigen sollen und die aus ihrer Zukunft heraus einen Schatten werfen, der ihnen oft um lange Zeit vorausgeht. Das hab' ich selber schon erlebt. Es sind meistens Leute mit hellblonden Haaren und niggrigen Augen, aus denen eigentlich boshafte Blide kommen, diese Seher; und sie klagen sehr über diese Gabe, als ob Gott sie damit strafen wolle; aber jeder Mensch hat seine Gaben und was einem vererbt ist, das muß man tragen. Mein Margot besaß zwei Dinge, von denen niemand recht wußte, woher sie kamen; das eine war viel Geld und das zweite ein Sohn.

Die Leute wußten nur, daß sie den Sohn als Knaben von drei Jahren zu sich genommen, als sie Haushälterin bei dem von Katterbach war, und daß sie ihm eine außergewöhnliche Sorgfalt widmete; auch nannte sie ihn „junger Herr“ und „Jör“, was darauf hindeutete, daß er wohl einen vornehmen Vater haben mußte; doch konnte man darauf keine Schlüsse bilden, denn Margot war in allen Dingen wunderlich. Wobei sie aber das Geld bekam, sich studieren zu lassen, das mußte und begriff anzfangs keiner. Zuerst war es in M\*\* auf dem Gymnasium gewesen; dann hatte sie ihn zu Wilden und Helmstedt studieren lassen, als wär' er weiß Gott welcher vornehmer Jurist gewesen, und nachdem er nun zurückgekommen, sollte er, wie es hieb, noch nach Harberowen gehen, um sich dort zum Doktor beider Rechte machen zu lassen, was doch, wie der Pfarrer sagte, nur für hundert Holländische Dukaten zu haben war. Er war übrigens ein stiller und sanfter, aber etwas grillohafter Mensch, den jeder lieb hatte, obwohl man selten eigentlich verstand, was er lagen wollte, wenn er sprach; er sah alles mit andern Augen an als andre Leute, und es hätte leicht gemundert, wenn Bernhard Fahrschein — er hatte den Namen mitbekommen, in Erinnerung eines andern — behauptet hätte, der aufgeschlagene Buntfuch sei ein blauer Mensch gewesen und er selber sei ein Galgenstrick. Er hatte ein etwas blaßes Gesicht, das zart und fein geschaffen war, und sehr weiche Züge. Weil er so zart gebaut war, schien er auch nicht stark, doch war er über mittlere Größe. Sein Auge war blau und sah wie das einer zahmen Taube, sein ganzes Wesen

aber jungfräulich und sanft; ich glaube, er war so unbescholten wie ein neugeborenes Kind.

### Fünftes Kapitel.

Der Grundzug im Charakter Bernhards war ein stützendes, tiefes Gemüth, das still und ohne äußern Prunk wie eine zarte, rohrläufige Erida auf den Heiden Westfalen erwachten. Seine rätselhafte Abstammung, deren Geheimnis die Mutter nicht läßt offen zu halten, diese still und wechselseitig dahinstürzende Kindheit — die Mauern eines alten verfallenen Ritterschlosses, dem nur der dunkle Wald drüben seine Grüße zuteilt, an dessen Toren nur der faste Nordwest, wie ein durchquerter Pilger, um Einlaß pochte, den ihm die flappernden Böhlen nicht verwehren; die wunderlichen Bilder, welche die abergläubische und abenteuerliche Gestalt der Römischen Margot in einer empfänglichen Phantasie medien mußte; die Erziehung, die eine solche Frau nur geben konnte, alles das hatte seinem Gemüte eine ganz eigenwillige Richtung erteilt. Wer zweifelt, daß die feierlose Ansprudelungen desselben originell, tief wehmäßig und voll echter Poetie gewesen, wenn sie auch formlos waren? — Sie waren voll der Poetie, die auf der Heide wächst, die mit blühenden gelben Gräsern sich begnügt und das Mutterorge über das Nest der Perche sich beugt und das Rieseln und Peitschen des Windes in den Nestern einer einkamen Höhle beleuchtet; die aber, wenn sie ihren Aufschwung nehmen will, gleich zum blauen Himmel hin auf muss, weil die Heide keine andern Höhen hat.

Als Bernhard größer geworden und von den Schulen zurückgekommen war, begann sein Leben reicher an Ereignissen zu werden, als seine Kindheit gewesen. In der Nähe von Bellingenburg war ein aldig, festweltliches Damenteilstift, zu dem er häufige, von seiner Mutter gern gelesene Ausflüge machte. Wir wollen ihn auf einem der selben begleiten.

Es war ein heißer Nachmittag am Tage des Herrn von Orléans. Ithurst auf seinem Guie. Als Bernhard aus dem Forste trat, der nach zwei Seiten hin das Gut umgibt, schlummerte die Lust wie lauter Silberfäden über den Pfosten der Heide. Sie lag wie ein großes braunes Tuch ausgebreitet vor ihm, von den Mützen der Immortelle hier und da röthlich überhaucht; zwischen hielten eine Orchis den hämmigen Stengel mit der Blütenperle dem Lustzweig entgegen, oder ließ das Gentian seine bleichen Gläden im Winde spielen. Den Horizont bestimmt blaue Wälderungen; aus näheren Baumgruppen lauschten einzelne Strohdächer hervor, hier und dort auch mehrere zusammen, von denen das größte dann zum Teil mit Ziegeln gedeckt war, ein ansehnliches Gehöft. Auf der Mitte des Weges stand eine alte Buche mit einem Marienkäfer am Stamme und darunter eine Steinbank. Bernhard setzte dort, denn es knüpfte sich lieb Erinnerungen für ihn an diese moosige Steinplatte; er überblickte seinen Pfad, den er so oft geht, trock Regen und Weiter, trock prellen Sonnenstrahlen zurückgelegt hatte; er kannte jeden Stein, jeden Baumknoten am Moos, und jedes Ding hatte ein besonderes Auge, mit dem es ihm ansah, vor allen das Muttergottesbild,





Ich nur wundern, daß Leinwand Stoßung eintrat, und das donft mon den Frauen.  
Und weib Oberft Bauer, welche Kosten die Hausfrauen zu tragen hatten, welche Reffenergempel es lofete, mit dem geringen Geld, aber auch Lebensmitteln auszukommen. Es fiel über die Kriegsrezepte beschäftet worden. Aber wie viel Mühe und Scharfum haben die Hausfrauen aufgewendet, um nur einigermaßen für ihre Familien zu sorgen. Und sie sorgten nicht nur für ihre Familien. Zuende sind während des Krieges in den Kriegsstädten verpfört worden, wo auch wieder Frauen selbstlos und meist ehrenamtlich tätig waren.

Bon den Frauen, die eine Mutter während des Krieges zu tragen hatte, leidet Oberft Bauer auf nichts zu ahmen. Ganz plötzlich hatte sie die alleinige Berantwortung nicht nur für das körperliche, auch für das geistige Wohl ihrer Kinder zu tragen. Und das war eine schwere Aufgabe, als Oberft Bauer weiß.

die Sapphils wütet — aber das Weib ist dem Manne gleichförmig entzweit für alles!“

Die Geburtensiffer ist im Stelzen begriffen. Gereiflich wonden man die Kinder nähren, fleiden, wo man sie unterteilt bringen soll, das kümmert Oberst Bauer nicht. „Die Demokratization nimmt zu.“ Sind denn die Männer alle so moralisch aus dem Kriege heimgeskommen und sind die tapferen Helden nun willenslose Opfer demoralisierter Weiber? Gibt es eine Kontrolle für Männer, die geschlechtskrank sind?

Die Ehre der deutschen Frauen ist in unverhöhrter Weise nicht einem Manne behordelt worden, ber sich doch wohl dem Ebensten der deutschen Nation zurechnet. Hier können die deutschen Frauen ermessen, wie es mit der Gleichwertung in jenen Kreisen aussieht, die sich deutschnational nennen. Reihen von Frauen, wenn diese Richtung je wieder zur Herrschaft kommt!

**Gesamt-Gesellschaft.**

Mitteilungen aus der Groß

belebt ist ein edelstahliges Lus Mutter. Andere junge Frauen sind Opfer ihrer schweren Berufsschattt getötet worden, haben sich für persönliche und Vermögenssieden ausgeschossen. Müttern schaute dußen, denn sie waren zum Schweigen und zur Tatentatlosigkeit verdonnert. Was bedeutete es nur, daß sie tödlich, fründlich bei Quäl des Wartens ausgesetzt waren, ob ihre Lieben draußen im Gelbe überhaupt noch lebten. Wer kennt nicht an die tautigen Wägen, wo Selbstopferre war, wer nicht an den Verzweiflungsschrei so mancher Mutter, so mancher Gattin, die im Krieg ihr liebstes verlor.

Diese Frauen, Herr Oberst Bauer, wußten nichts von Vergnügungs- und Genussucht. Ihre Moral ist nicht gejunien. Wenn ständig fast 100 Männer ihr Leben für das Vaterland gaben, wieviel Weberschende fragten um diese Männer daheim!

Gewiß hat es Auswülfie gegeben. Aber die sinkende Moral wurde nicht durch die berufstätigen Frauen Gezeitigt. Diese Frauen hatten keine Zeit, abends in den Straßen zustromern. Über freilich, Oberst Bauer scheint bei seinem Beifügen in der Heimat eine Brille getragen zu haben, die ihm nur „Sudent und Weiber“ zeigte!

für die „die Regierung nicht sorgte“. Ihre Erbitterung, meint er, war berechtigt. Dafür schrieben sie aber Klagebriefe an ihre Männer. „Was Ruhet, daß auch die Stimmen dieser Männer litten, daß sie die Unrechtsgefahr empfanden, die zwischen ihnen, den alles opfernden, schlechthabenden Kämpfern und den gut berichteten, genießende Heimgebliebenen lagte.“ Dieser Satz hat eine gerollte Richtigkeit, nur trifft er das Heimattheater der Frauen nicht.

Auch die Zunahme der Geschlechtskrankheiten und dem Rückgang der Geburten schreibt Oberst Bauer den Frauen zu. Er weiß nicht, daß das Geburtenproblem bedroht wird von der optimistischen oder pessimistischen Gemütsstimmung eines Wolfes. Und zu einer optimistischen Gemütsstimmung war wirklich wenig Veranlassung. Was aber die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten an betrifft, so müssen die Frauen es ja doch sehr euerlich gesessen, daß Oberst Bauer nichts vor die Türe setzt ihrer Söhne. Weiß Oberst Bauer nichts vor? Rorollen hinter der Front, nichts von den Zuständen zu besuchten Städten im heiligsten Geschlecht? Wir haben heute auf Lausende von Frauen, die angestellt worden sind, und auf diesen Scheit spielerisch sich gernbezogene Eheträgödien ab, aber ohne Schuld der Frauen! Wenn die Männer „verzweigt“ würden, so doch um wichtigsten in der Heimat.

Gegent die „schlechteste“ Position von Schlesier und „Diktaturkunst“, gegen die „Demoralisator der Heimat und des Großstadtbürgers“ waren alle Geschlechter nur „Kämpferin“ erheit. Eine moralische Schürbung war „in den Großstadtwohnungen“, bei der ungehinderten „Geschlecht“ nicht möglich. Auf das Geleid und die Kosten bei im Krieg so sehr verschwundenen Wohnungsnutzen kamen wir oft genug hingewiesen. Nach Oberst Bauer sollte die Frau, die doch angeblich gar nichts getäusst hat, „aus der Front bei Fabrikarbeiter in die Familie zurück“. Stein hätte man eben Mittel finden sollen, die Frauen vor der Fehlbarkeit zu bewahren, sonst ließ man sie einzutreiben.

Den Rest hat nun die Resolution gebracht. „Die Demoralisation ist besiegt, Kinder können kaum noch zur Welt

## Von Gibitha Götter.

卷之三

Zu Hause der Mutter hängt über dem Bett ein Bild der Maria mit dem Kind. Ein Kreuz hängt über dem Bett der Tochter. „Du bist eine gute Tochter“ sagt die Mutter und „Du bist eine gute Tochter“ sagt die Tochter. „Du bist eine gute Tochter“ sagt die Mutter und „Du bist eine gute Tochter“ sagt die Tochter. „Du bist eine gute Tochter“ sagt die Mutter und „Du bist eine gute Tochter“ sagt die Tochter.

spont, aber grundlegend. Gott Glaube kam selbst. Seine  
ton ihm ein Spieß. Er meinte keinen Gott genau zu kennen.  
seine Wege, seinen Willen, seine Wirkungen.  
Wenn er mit großen Schichten in der Wüste seines Lebens  
Hörergarten auf sich selber ging, lieg ihm wohl mancher blinder  
Graue auf: „Wem hat Gott das gewollt?“ Dann klappte es  
unheilvoll, indem er sich in Gedanken an Gottes Stelle verfehlte  
und fand fast immer eine Antwort. Sie war nicht der Mann, der  
schneller Denkt als spricht: „Heut, keine Rüge sind unerhörlich!“  
Recht, er meintet: „Ich bin Gottes Sohn!“ Soher muss ich sein!  
Gräßliche Fehler kennzeichneten Verner, doch wenn ich sie nicht kenne  
würde ich sie erraten.“

Vern erschien also in der Wüste mit Brandweermesser, kreuz  
der Sogt geschaffen. Das „Wissen“ um das „Dortur“ hielt nicht  
mehr die Ringe. Das Hörergarten war geschafft zu einem festlichen  
lichen Gründchen, das von allen her Glorie, der Freude, der Freude, sie nur  
befreiten, die Freude. In dem Gefühl Hörergarten nicht, blieb  
durch die Macht die Ringe.

Die vier „Sohnen“ entstanden durch alten Knechtshofen  
der Wahrheit kost, und der Knecht wäre kein Knecht geworden,  
wenn er die Ringe keine Wirkungen hat, und offen, was wohl  
Ich für Gegenstand der letzten Hörergartenheit bee halten, was will  
mas und was wir können kann.

Aber er hörte die Frauen; er hörte sie unbedacht und er verachtete sie aus Zärtlichkeit. „Oft wiederkam er Christi Worte: „Reich, was habe ich mit dir zu schaffen?“ Und er läugte hinzu, man sollte meinen, daß Gott selbst mit seinem Werke unzufrieden gewesen.

Das Reich war für ihn zweimal unrein, wie der Dichter sagt. Sie vor die Berlinerin, die kein erfreut Mann verführt und ihr verfluchtes Handwerk noch immertrieb; ein schwaches, gefährliches und geheimnisvoll aufregendes Wesen, und mehr noch als ihren verderbenden Geist hatte er ihre liebende Seele.

Oft hatte er ihre Zärtlichkeit gespürt, und obgleich er unmöglich war, so suchte ihn doch dieses nimmerzuhende Bedürfnis nach Liebe in Bergmeßlung.

Nach seiner Ansicht habe Gott die Frau nur geschaffen, denn Mann zu verführen und zu prüfen. Man durfte sich ihr nur mittelbarer Vorliebt nahen, immer vor einer Falle auf der Hut. Und waren nicht in der Tat die ausgebreteten Arme, der zum Rütteln bedachte Mund eine Falle für jeden Mann?

Zuerst war der Zorn nur gegen die Menschen, die ihr Verhalten unerträglich gemacht. Und dann, behandelte er sie mit Fürsorge, weil er immer im Grunde ihres eingetreteten demütigen Herzens noch die ewige Tärtlichkeit ahnte, die sogar bis zu ihm drang, wenn er auch Priester war. Er fühlte sie in ihren Augen, blaue feuchter in Grömmgelt glänzten als die der Männer in ihrer religiösen Verzählung, in die sich ihr Geschlecht mischte, in ihrer Liebe zu Christus, die ihn empörte, weil die Männer in ihrer Freude rast. Er fühlte diese verfluchte Tärtlichkeit sogar in ihrem Gehorsam. Er hörte sie sich aus ihren Stimmen, wenn sie mit ihm sprachen, er las sie in ihren zu Gebot gesetzten Augen und in ihren schiefslässig gehaltenen Tränen, wenn er sie hart durchschautete, und wenn er das Kloster verließ, schüttelte er sein Mönchskostüm und ging mit langen Schritten davon, als ob er einer Gefahr entronnen wolle.

Er hatte eine Mühle, die mit ihrer Mutter in einem kleinen Hause der Nachbarschaft lebte. Und er suchte oft Mühle, aus ihrer Nähe der Nachbarschaft ließ. Und er suchte oft Mühle, aus ihrer Nähe der Nachbarschaft ließ. Und er suchte oft Mühle, aus ihrer Nähe der Nachbarschaft ließ. Wenn er oben war, eine starke Bredstift hieß, so lachte sie, und weinte er über gegen sie warb, umsonst sie ihn heftig und brüderlich küsste, während er bestreift verflucht, sich aus der Mühle armung zu befreien, die ihm hoch viele Wonne his Herz möß, daß sie in seinem Herzen das ewigliche Gefühl erwachte, das in jedem Mannen bildet.

Oft sprach er sie von Gott, von seinem Gott, wenn er auf ihrer Seite durch die Gelber schritt. Sie hörte ihm kaum zu, betratete den Simmel, die Mühle, die Blumen, mit einer Faust, die aus ihren Augen läuftete. Aber und du ließ sie davon, um einen Schmetterling zu pärchen, und wann sie ihn frage, rief sie: "Sieh doch, Onkel, wie hübsch er ist! Sieh mal, wie hübsch! Hübsch! Dieses Bedürfnis, die kleinen Schmetterlinge über ihrem Kleid eine kleine Blume zu tragen, erregte und erregte von Kniehoch, aber doch immer bleib unsichtbare Tärtlichkeit widerstand, bleibt jedem Kleiderhänger schlämmt.

„Sie ließ ihn plötzlich aus Guatamala, und zum  
Kibbo Wenzmar die Wurfschäfte führe, vorzuführen, keine Prüfung  
hätte einen Geschlecht. Das zeigte ihm furchterregend auf, und er  
fließt vor Schrecken fliehen, wie er war, mit eingeworfenem Gesicht;  
denn er gefielte sich weise.  
Gobald er sonst Kastanien wiedergewünschen, daß er wiederkommen  
und sprechen könnte, rief er: „Der ist nicht weise, Melchior. Sie habe die Unwahrheit  
gesagt.“  
„Aber du bliebtest lange die Hand auf dem Kopf.“ „  
„Meine Mutter soll mich karren, wenn ich läge, aber Melchior,  
ich kann gehen, jedoch wenn ich läge, wenn eine Schwester  
an mich gewandt ist. Sie treffen sich am Flusse. Sie brauchen  
nur eine Brücke über den Fluss und mittwochabend.“  
„Wo hörte er mit Mäusen auf und läßt gestig hier und jetzt,  
wie er es immer tut, wenn er geschlafen nachkomme. Und als es  
in letzter nötig, ich den Kopf zu tragen, schafft es sich breit auf  
der Stelle das gute Ohr.“

„Den Kunden kann diese Todes- und der Gewürzhand und Herrn kein  
Merk. Sie kennt des Weißkors Blut, die unbescholtne Weise kann  
noch die Verwandlung des Menschen und Wurmwinden, doch  
Geschichten, bei den Batzenen, bestohlen und hintergegangen führt  
von seinem Windo, eine unzählige Beklemmung der Eltern, denen  
die Tochter ansetzt, daß sie nie ohne Heim trocken, und gegen  
ihren Willen, lebt einen Mann bewohnt.  
Nach dem Leben verlor er ein wenig an Leben, aber er konnte  
es nicht. Er wußte immer vergeblicher, und als es sehr krank